Wilhelm Heinz Schröder

Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien

Einleitung: Was ist der augenblickliche Forschungsstand
des Reichstagskandidatenprojekts?

Die biographische Erforschung der Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898 bis 1918 ist Teil eines umfassenden Forschungsprojektes zu den Lebensläufen sozialdemokratischer Parlamentarier und Funktionäre bis 1933. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, bestimmte Teilgrundgesamtheiten in Form einer kollektiven Biographie auszuwerten und darzustellen sowie in Form eines biographisch-statistischen Handbuches zu dokumentieren¹. Aus diesem Forschungszusammenhang heraus wurde 1986 das erste Handbuch publiziert; das Handbuch „Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918“ (BIO-

¹ Die kollektive Biographik für sozialdemokratische Personensammlungen steht immer noch am Anfang; nur einige wenige Führungs- bzw. Funktionärgruppen wurden bisher ansatzweise untersucht. Allen voran müssen hier die zeitgenössischen Untersuchungen von Robert Michels genannt werden, die methodisch, wenn auch nicht immer theoretisch und empirisch richtungweisend für die Forschung gewesen sind, insbesondere: *Robert Michels*, Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 (1906) 471–556; und sein „Klassiker“ der Politischen Soziologie mit vielen impressionistischen Randbemerkungen zur Struktur der zeitgenössischen sozialdemokratischen Parteiführung und der Parteiorganisation: *ders.*, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1. Aufl.: 1911; 2. Aufl.: Stuttgart 1925; Belege aus dem Neudruck: Stuttgart 1957), im folgenden zitiert: *Michels*, Soziologie. – Frühe Versuche einer Analyse der SPD-Struktur bzw. der Sozialstruktur der SPD-Funktionäre nach dem Michelschen Vorbild unternahmen: *Dietrich Bronder*, Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich (Diss. Göttingen 1952, Masch.); *Joachim Siemann*, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik (Diss. Göttingen 1956, Masch.). Eine eingehende Kritik beider Arbeiten kann hier nicht geleistet werden; Bronder untersucht 3200 und Siemann (der methodisch versierteren von beiden) 1838 Personen aus der Arbeiterbewegung, dabei bleiben z. B. die Auswahlkriterien der Personen (Repräsentativität!) bei beiden unscharf; für den Vergleich wird unten über einige Ergebnisse von Siemann in den Anmerkungen berichtet werden. – Die Zusammensetzung der SPD-Reichstagsfraktion bei: *Erich Matthias*, *Eberhard Pikart*, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 (Düsseldorf 1966) LI–LXVI. – Exemplarische kollektiv-biographische Ansätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind gesammelt in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (Frank-

KAND) enthält u.a. die Lebensläufe sämtlicher 700 sozialdemokratischer Reichstagskandidaten, die bei einer der stattgefundenen Haupt-, Stich-, Nach- und Ersatzwahlen kandidierten². Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnte inzwischen ein zweites Handbuch abgeschlossen werden; das Handbuch „Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933“ (BIO-SOP) enthält u.a. die Lebensläufe von mehr als 2400 Parlamentariern und ist im Hinblick auf Quellen, Methoden und Darstellung kompatibel mit dem BOKAND-Handbuch angelegt³.

Die standardisierten Lebensläufe der (aufgrund des Wahlgesetzes ausschließlich männlichen) SPD-Reichstagskandidaten 1898–1912 bzw. 1898–1918 wurden in mehreren zeitlich auseinanderliegenden Arbeitsschritten 1972–1974, 1976–1977, 1980–1981 und 1987 maschinenlesbar in Form von mehreren umfangreichen Datensätzen für die computergestützte Analyse zur kollektiven Biographie der Reichstagskandidaten aufbereitet⁴. Über einige Ergebnisse ist in der Literatur verschiedentlich

furt a. M., Köln 1976). – An neueren Studien vgl. u. a.: *Christl Wickert*, Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preussischen Landtag 1919–1933, 2 Bde. (Göttingen 1986), im folgenden zitiert: *Wickert*, Unsere Erwählten; Wickert untersucht unter Einsatz der „biographischen Methode“ insgesamt 74 Parlamentarierinnen. *Jochen Loreck*, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 130, Bonn-Bad Godesberg 1977) 103–254; Loreck beschreibt auf der Basis von 33 Autobiographien den Politisierungsprozeß von Sozialdemokraten vor 1914.

² *Wilhelm Heinz Schröder*, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 2, Düsseldorf 1986). – Im BOKAND-Handbuch finden sich in der Einleitung ausführliche Erläuterungen zur Position des Reichstagskandidaten (insbesondere zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen, zur innerparteilichen Relevanz und zur innerparteilichen Rekrutierung), zu den Quellen und Methoden sowie zur benutzten Sekundärliteratur; im Anhang sind ausführlich die sozialdemokratischen Kandidaten und ihre Wahlergebnisse in allen 397 Einzelwahlkreisen dokumentiert. Für diese Informationen sei auf das BOKAND-Handbuch verwiesen.

³ Das BIOSOP-Handbuch wird voraussichtlich 1990 ebenfalls in der Reihe „Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, die im Auftrage der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ (Bonn) herausgegeben wird, erscheinen. Das BIOSOP-Handbuch enthält – neben den Lebensläufen – u. a. eine umfassende Wahlchronik für die Sozialdemokratie, eine deskriptive Darstellung der kollektiven Biographie der Parlamentarier und eine Dokumentation zu den Wahlergebnissen der Sozialdemokratie bei den Reichs- und Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern 1871 bis 1933 (bzw. für die Freie Stadt Danzig bis 1938). Zur Konzeption des Handbuches vgl. u. a.: *Wilhelm Heinz Schröder*, Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographie und kollektiver Biographie. Überlegungen zu einem „Biographischen Handbuch der Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933 (BIOPARL)“, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 31 (9,3) (1984) 38–62.

⁴ Die Reichstagskandidaten-Datensätze wurden zunächst vorrangig für die Entwicklung und Umsetzung allgemeiner Methoden der Kollektiven Biographie und als Übungsdatenbasis in zahlreichen Lehrveranstaltungen benutzt. Die schon lange ausstehende Gesamtanalyse und Gesamtdarstellung der kollektiven Biographie der Reichstagskandidaten sollte Ende 1987 begonnen werden. Erst dann wurde entdeckt, daß durch ein Versehen schon vor geraumer Zeit die EDV-

berichtet worden⁵. Die in der Folge wiedergegebenen Ergebnisse gelten in der Regel nur für die 674 Reichstagskandidaten, die 1898, 1903, 1907 und 1912 zumindest bei einer der Haupt- und Stichwahlen zum Reichstag kandidierten; die 26 weiteren Reichstagskandidaten, die nur bei einer der Ersatzwahlen von 1898 bis 1918 kandidierten, wurden im Rahmen dieses Beitrages nicht mit in die Analyse einbezogen.

Unter „kollektiver Biographie“ versteht man die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder⁶. Ohne hier die methodischen Grundsätze einer kollektiven Biographie diskutieren zu wollen, sei im Zusammenhang mit diesem Beitrag nur noch die Grundannahme des notwendigen Analysemodells ins Gedächtnis gerufen:

Bänder mit den forschungsbezogenen Reichstagskandidaten-Datensätzen überspielt und damit gelöscht worden waren. Auf der Basis noch erhaltener Rohdatensätze und Programmfiles (in Lochkartenform) mußten daher zunächst in mühsamer Kleinarbeit die alten Analyse-Datensätze weitestgehend rekonstruiert und die Datenbasis durch eine ergänzende Erhebung auf der Grundlage des BLOKAND-Handbuchs und des BIOSOP-Handbuchs erweitert werden. Mit den neuen Analysearbeiten konnte erst im März 1988 begonnen werden; diese Analysearbeiten dauern noch an. Tabellen und Graphiken, wie sie sonst selbstverständlich für die Darstellung von quantitativen Ergebnissen sind, liegen zur Zeit nur zum Teil und in einer vorläufigen „Arbeits“-Fassung vor; diese werden bei der Veröffentlichung der Gesamtanalyse nachgeliefert.

⁵ *Wilhelm Heinz Schröder*, Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898–1912, in: *Herkunft und Mandat* (Frankfurt a. M./Köln 1976) 72–96, im folgenden zitiert: *Schröder*, Sozialstruktur; *ders.*, Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, in: *Heinrich Best, Reinhard Mann* (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung (Stuttgart 1977) 88–125, im folgenden zitiert: *Schröder*, Probleme und Methoden; *ders.*, Quantitative Analyses of Collective Life Histories. The Case of the Social Democratic Candidates for the German Reichstag 1898–1912, in: *Jerome M. Clubb, Erwin K. Scheuch* (eds.), Historical Social Research. The Use of Historical and Process-Produced Data (Stuttgart 1980) 203–224, im folgenden zitiert: *Schröder*, Collective Life Histories; zuletzt in der Einleitung im BLOKAND-Handbuch.

⁶ Vgl. *Wilhelm Heinz Schröder*, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: *ders.* (Hrsg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (Stuttgart 1985) 7–17, im folgenden zitiert: *Schröder*, Lebenslauf; *ders.*, BLOKAND-Handbuch, 39–41. – Zur Biographie- und Lebenslauforschung vgl. allgemein u. a.: *Martin Kobli* (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs (Darmstadt, Neuwied 1978); *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis (Frankfurt a. M. 1980); *Daniel Bertaux* (Hrsg.), Biography and Society (Beverly Hills, London 1981); *Werner Fuchs*, Biographische Forschung (Opladen 1984). – Für die Anwendung im Bereich der Politischen Soziologie vgl. u. a.: *Fred I. Greenstein, Nelson W. Polsby* (eds.), Micropolitical Theory (Reading u. a. 1975); *Robert D. Putnam*, The Comparative Study of Political Elites (Englewood Cliffs 1976); *Dietrich Herzog*, Politische Führungsgruppen (Darmstadt 1982). – Für neuere kollektiv-biographische Forschungsprojekte zu deutschen Parlamentarier(innen) bis 1933 vgl. u. a.: *Heinrich Best*, Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 13,1 (1988) 5–74; *Wilhelm Heinz Schröder, Rüdiger Hachtmann*, Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik als Opfer des Nationalsozialismus, in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 36 (10,4) (1985) 53–96; *Wickert*, Unsere Erwählten; *Bernhard Mann* und Mitarbeiter, Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3, Düsseldorf 1988) 11–41.

Über das physiologische Altern hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen bestimmten Merkmalen einer Lebensphase mit denen der vorhergehenden. Dieser Beitrag versucht, insgesamt 17 Fragen an die Lebensläufe der Reichstagskandidaten zu stellen, diese Fragen in deskriptiver Form zu beantworten oder doch zumindest deskriptive Hinweise zu ihrer Beantwortung zu vermitteln und abschließend die Frage nach dem „typischen Lebenslauf“ zu klären. Weite Analysebereiche, z.B. die eigentliche (ökologische) Wahlanalyse im Zusammenhang mit den Lebensläufen, oder relevante Analyseschienen, z.B. die Kontrastgruppenanalyse nach „Gewählten vs. Nichtgewählten“, müssen in diesem Publikationskontext notwendigerweise ausgeblendet bleiben.

1. Wann und wo wurden die Reichstagskandidaten geboren?

Die Geburtsjahrgänge streuen über mehr als 60 Jahre: Wilhelm Liebknecht ist mit Jahrgang 1826 der älteste, und Hermann Wendel ist mit Jahrgang 1884 der jüngste Reichstagskandidat. Das Mindestalter von Reichstagskandidaten (25 Jahre) gibt die rein rechnerischen Grenzen der Streuung von Geburtsjahrgängen vor:

Wahl 1898: Jahrgänge 1873 und früher;

Wahl 1903: Jahrgänge 1878 und früher;

Wahl 1907: Jahrgänge 1882 und früher;

Wahl 1912: Jahrgänge 1887 und früher.

Mit Abstand die höchstfrequentiertesten Jahrgänge sind 1868 (35 Kandidaten) und 1866 (33 Kandidaten). Die höchste Verteilungsdichte liegt zwischen den Jahrgängen 1858 und 1875, diesen nur 18 (von insgesamt 51) Jahrgängen gehören zwei Drittel (65,8%) der Reichstagskandidaten an. Inwieweit die Bildung von Geburtsjahrgangskohorten sinnvoll ist oder ob die Bildung anderer funktional definierter Kohorten (z.B. die „Generation der Sozialistengesetzes“ oder die „Organisationsgründergeneration von 1890–1893“) angemessen sind, müssen erst die künftigen Analysen erbringen⁷. Die statistische Nutzung des Geburtsdatums für die Berechnung unterschiedlicher Altersangaben wird weiter unten noch zu zeigen sein.

Da das aktive und passive Wahlrecht die deutsche Staatsbürgerschaft voraussetzte, sind erwartungsgemäß fast alle Reichstagskandidaten in den Grenzen des Deutschen Reiches geboren. Unter den Reichstagskandidaten befinden sich nur 4 (0,6%) Auslandsdeutsche bzw. eingebürgerte Ausländer (je einer in Österreich, Ungarn, Brasilien

⁷ Kohorten können definiert werden als Aggregate von Individuen, die ein zentrales Ereignis im Lebenszyklus oder eine Lebensphase zum ungefähr gleichen historischen Zeitpunkt erfahren. – Vgl. allgemein die frühen Ansätze bei: *Arthur Dix*, Die deutschen Reichstagswahlen 1871–1930 und die Wandlungen der Volksgliederung (Tübingen 1930) 34–35. Dix gliedert leider nur schematisch die Geburtsjahrgänge in 8 Kohorten mit jeweils 5 oder 10 Geburtsjahrgängen; orientiert an Dix, verfährt *Siemann* (230 ff.) ebenso schematisch, beschränkt sich allerdings auf drei Geburtsjahrgangs-Kohorten (1850–1875, 1875–1890, 1890–1910). *Bronder* übernimmt die Kohorteneinteilung (1855–1870, 1870–1885, 1885–1900) von: *Theodor Cassau*, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung (Halberstadt 1925) 124–170.

und Frankreich geboren) und 15 (2,2%) Elsaß-Lothringer, die teilweise schon vor der Annexion von Elsaß-Lothringen durch das Deutsche Reich und somit in Frankreich geboren sind.

Um die Vergleichbarkeit mit wahlkreisbezogenen Daten zu sichern, wurde der Geburtsort dem jeweiligen Wahlkreis zugeordnet; die Einteilung des Deutschen Reiches in 397 Wahlkreise blieb nahezu unverändert von 1871 bis 1918 bestehen. Die Zuordnung der Geburtsorte zum jeweiligen Reichstagswahlkreis beschränkt die Zahl der möglichen Heimatwahlkreise auf 397 (d.h. allerdings 397, abzüglich der nicht zu differenzierenden großstädtischen Wahlkreise in Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden usw.). Bei den Geburtsorten dominieren erwartungsgemäß die großstädtischen Wahlkreise: Berlin (6 Wahlkreise) 34 Kandidaten (= 5,0% von 674); Köln (2) 9 (= 1,3%); Breslau (2) 8 (= 1,2%); Königsberg 7 (= 1,0%); Hamburg (3) 7 (= 1,0%); Nürnberg 7 (= 1,0%); Erfurt 7 (= 1,0%) etc. Diese Dominanz der Großstädte muß nicht bedeuten, daß in Großstädten geborene Kandidaten überproportional vertreten sind. Eine genauere Analyse auf der Basis der Verteilung der Einwohner auf Ortsgrößenklassen für jeden Wahlkreis (allerdings früheste Erhebung erst für die Wahl von 1898⁸) wird sicherlich klären helfen, inwieweit die Kandidaten in Wahlkreisen mit dominant ländlicher oder mit dominant städtischer Struktur geboren waren⁸.

Auf den ersten Blick überraschenderweise findet man überwiegend die „gebürtigen Großstädter“ (vgl. z. B. „Großstädter“, die nicht dort geboren, sondern zugezogen sind) in nicht-großstädtischen Wahlkreisen als Kandidaten. Ohne hier auf die Rolle gerade der Großstädte als SPD-Agitationszentren eingehen zu können, sei am Beispiel der Berliner Kandidaten eine wesentliche Ursache für die Kandidatur von „gebürtigen Großstädtern“ in nicht-großstädtischen Wahlkreisen erläutert. Hier spielt die Funktion von Berlin (und z. B. auch von Hamburg) als Sitz von Zentralvorständen von Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen eine wesentliche Rolle. Dadurch mußten die einheimischen Kandidaten bei ihren Bewerbungen um eine Reichstagskandidatur (oft erfolglos) in Konkurrenz mit zahlreichen, in Berlin arbeitenden, aber nicht dort geborenen Spitzenfunktionären treten. Die meist erfolglose einheimische Berliner Konkurrenz wich dann ins Umland (insbesondere in die Provinz Brandenburg bzw. in die Provinzen Hannover und Sachsen oder nach Mecklenburg) aus; die im Umland bei ihren Bewerbungen um eine Reichstagskandidatur oft erfolgreichen Berliner verhinderten wiederum oft die Nominierung eines (weniger attraktiven) einheimischen Kandidaten in den Wahlkreisen des Umlandes usw..

Die regionale Herkunft prägte zur Zeit des Kaiserreichs noch wesentlich stärker als heute Sprache, Verhaltensweisen etc. der dort geborenen und aufgewachsenen Menschen. Die Gewerkschaften hatten z. B. aufgrund langjähriger Agitationserfahrungen schon früh gelernt, daß vor allem solche Funktionäre agitatorische Erfolge erzielten, die mit Land und Leute vertraut waren und daher in dem entsprechenden Bezirk be-

⁸ Siemann (31–32, 34) errechnet für die Weimarer Arbeiterführer folgende „sozialgeographische Herkunft“: 43% aus Landgemeinden bis 2000 Einwohnern (aber 48% der Arbeiterführer mit Volksschulbildung), 27% aus Klein- und Mittelstädten von 2000 bis 100 000 Einwohnern (aber 45% der Absolventen eines Universitätsstudiums) und 30% aus Großstädten mit über 100 000 Einwohnern (aber 56% der Absolventen weiterführender Schulen).

heimatet sein mußten oder doch zumindest längere Zeit dort gewohnt hatten. Über die Wahlkreisbindungen der Kandidaten wird weiter unten noch zu sprechen sein. An dieser Stelle soll nur exemplarisch beschrieben werden, inwieweit die einzelnen Regionen (hier vereinfacht gleichgesetzt mit den preußischen Provinzen und den nicht-preußischen Bundesländern) eine der Zahl der regionalen Reichstagswahlkreise angemessene Anzahl „eigener“, in der Region gebürtiger Kandidaten stellten.

Bei allen vier untersuchten Wahlen gibt es nur drei „Überschuß“-Regionen, die stets mehr eigene, in der jeweiligen Region geborene Reichstagskandidaten stellten als ihnen nach der Zahl der regionalen Wahlkreise „zugemessen“ wären: die Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin), das Königreich Sachsen und die hanseatischen Stadtstaaten – mithin frühe Zentren der deutschen Arbeiterbewegung. Eine ausgesprochene „Kandidaten-Export-Region“ stellt die Provinz Brandenburg dar: Brandenburg umfaßte 26 Reichstagswahlkreise (6,5% von 397); in Brandenburg geboren waren insgesamt 67 Kandidaten (9,9% von 674), bei der Wahl von 1898 waren 31 (11,1% von 280) und bei der Wahl von 1912 waren 42 (11,5% von 366) Kandidaten in Brandenburg geboren. Der „Überschuß“ des Königreichs Sachsen fiel dagegen geringer aus: das Königreich Sachsen umfaßte 23 Reichstagswahlkreise (5,8% von 397); im Königreich Sachsen geboren waren insgesamt 51 (7,6% von 674), bei der Wahl von 1898 waren 26 (9,3% von 280) und bei der Wahl von 1912 waren 29 (7,9% von 366) Kandidaten im Königreich Sachsen geboren. Schließlich bildeten die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck die dritte Überschuß-„Region“: die Stadtstaaten umfaßten nur 5 (1,3% von 397) Reichstagswahlkreise, dort geboren waren aber insgesamt 16 (2,4% von 674) Kandidaten, bei der Wahl 1898 waren 8 (2,9% von 280) und bei der Wahl 1912 waren 10 (2,7% von 366) Kandidaten dort geboren.

Nur zwei weiteren größeren Regionen gelang es bis zur Wahl von 1912 ein wenigstens „ausgeglichenes Saldo“ zu erzielen: die Provinz Sachsen (Wahlkreise: 20; Gebürtige insgesamt: 38, 1898: 17, 1912: 20) und überraschenderweise die Provinz Schlesien (Wahlkreise: 35; Gebürtige insgesamt: 52, 1898: nur 18, dagegen 1912: 35). Auch einige kleinere Regionen – z. B. das Großherzogtum Oldenburg oder das Herzogtum Braunschweig – erreichten schließlich 1912 ein „ausgeglichenes Saldo“ bzw. einen leichten „Überschuß“. Nur leichte „Defizite“, die allerdings bis 1912 vermindert wurden, wies u. a. das Königreich Bayern (Wahlkreise: 48; Gebürtige insgesamt: 85, 1898: 37, 1912: 44) auf. Starke „Defizite“ wiesen dagegen u. a. auf: die Rheinprovinz (Wahlkreise: 35; Gebürtige insgesamt: 37, 1898: 17, 1912: 21), die Provinz Pommern (Wahlkreise: 14; Gebürtige insgesamt: 16, 1898: 6, 1912: 7), die Provinz Westfalen (Wahlkreise: 17; Gebürtige insgesamt: 23, 1898: 7, 1912: 11) und die Provinz Hannover (Wahlkreise: 19; Gebürtige insgesamt: 21, 1898: 8, 1912: 13).

Diese regionalspezifische Verteilung der „Gebürtigkeit“ determiniert insbesondere regionalspezifische Grundmuster der regionalen Mobilität (hier: Vergleich der Geburtsregion mit der Wohnregion zur Zeit der Wahl) der Kandidaten. Auch hier seien nur zwei gegensätzliche regionale Grundmuster für die Kandidaten von 1912 zur Illustration genannt. In der Provinz Brandenburg waren 42 Kandidaten geboren, davon wohnten noch 20 in der Region und 22 außerhalb der Region; dagegen wohnten allein 35 nicht in der Region geborene Kandidaten in der Provinz Brandenburg. Im

Königreich Bayern waren 44 Kandidaten geboren, davon wohnten 36 (!) noch in der Region und nur 8 außerhalb der Region; dagegen wohnten nur 5 nicht in der Region geborene Kandidaten im Königreich Bayern. Erinnert sei hier auch an den Zusammenhang von Seßhaftigkeit und Funktionärsrekrutierung: zumindest seit der Konsolidierung und der beginnenden organisatorischen Verfestigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mußten in der Regel die Funktionäre zu dem „seßhafteren“ (d.h. oft: noch oder erneut in der Geburtsheimat wohnenden) Teil der Bevölkerung gezählt werden⁹.

2. Aus welchen sozialen Verhältnissen stammten die Reichstagskandidaten?

Die soziale Herkunft wird üblicherweise und oft notgedrungenenerweise durch den Beruf des Vaters indiziert; auf die in der Forschung vieldiskutierte Problematik beim Erheben und Verwenden dieses Indikators kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden¹⁰. Aber auch unter Ausblendung der Indikatorenprobleme sind aufgrund erheblicher Quellendefizite nur grobe Aussagen über die soziale Herkunft der Reichstagskandidaten möglich.

Leider besitzen wir nur für ein Drittel (33,5%) der Reichstagskandidaten verlässliche Informationen über den Vaterberuf. Wären die dort gewonnenen Ergebnisse für die Grundgesamtheit repräsentativ, und klassifizierte man die Berufe nach wenigen Statusgruppen, dann wären die Kandidaten-Väter zu zwei Zehntel (19%) als un- und angelernte Arbeiter/Tagelöhner/niederes Dienstpersonal, zu drei Zehntel (27%) als gelernte Arbeiter/Gehilfen/untere Angestellte/Beamte, ebenfalls zu drei Zehntel (33%) als (meist kleine) Selbständige im Handel und Gewerbe/mittlere Angestellte/Beamte und zu je einem Zehntel (7% bzw. 14%) als (meist kleine) Landwirte bzw. in einem bürgerlich-akademischen Beruf beschäftigt gewesen¹¹.

Nur für die gelernten Arbeiter und vor allem für die bürgerlichen Berufe, die eine hohe Datendichte im Hinblick auf den Vaterberuf aufweisen, lassen sich die Ergebnisse weiter aufschlüsseln. Die Väter der gelernten Arbeiter waren etwa zu zwei Zehntel (18%) ungelernete Arbeiter, zu vier Zehntel (42%) gelernte Arbeiter, zu drei Zehntel (31%) kleine Selbständige vor allem im Gewerbe und zu einem Zehntel (9%)

⁹ Vgl. u. a. *Schröder*, Probleme und Methoden, 107–109.

¹⁰ Vgl. u. a. die zusammenfassende Diskussion bei: *Hartmut Kaelble*, Historische Mobilitätsforschung (Darmstadt 1978). Eine im Hinblick auf Quellen und Methoden exemplarische historische Mobilitätsstudie, in der der Vaterberuf als Indikator eine wesentliche Rolle spielt, findet sich bei: *Peter Lundgreen, Margret Kraul, Karl Ditt*, Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts (Göttingen 1988).

¹¹ *Siemann* (23–27) benutzt leider eine andere Klassifikation, so daß der Vergleich erschwert ist; danach kommen die Weimarer Arbeiterführer zu 43% aus dem „Arbeiterstand“, 31% aus dem „handwerklichen Mittelstand“, 5% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand“, 14% aus dem „neuen Mittelstand“ und 7% aus der „bürgerlichen Oberschicht“.

Kleinbauern¹². Die Väter der Inhaber bürgerlicher Berufe waren etwa zu vier Zehntel (42%) als Selbständige im Handel und Gewerbe/mittlere Angestellte/Beamte, zur Hälfte (49%) in bürgerlichen Berufen und zu einem Zehntel als Bauern (6%) und gelernte Arbeiter/untere Angestellte/Beamte (3%) beschäftigt¹³.

Sieht man den Zusammenhang der Variable Vaterberuf mit anderen Variablen (z. B. Schul- und Berufsausbildung), dann dürfte allgemein insbesondere der Anteil der Väter mit bürgerlichen Berufen wesentlich niedriger – bei ca. 5% – und der der Väter, die als unselbständige gelernte Arbeiter etc. beschäftigt waren, deutlich höher – bei ca. 35% – liegen. Die Annahme wird gestützt, wenn man den starken Bias, der die einschlägigen Quellen regelmäßig prägt, bedenkt. Insoweit die Angabe zum Vaterberuf nicht den amtlichen Quellen (Kirchenbüchern, Standesamtsregistern) entnommen, sondern in einer Quelle von den Reichstagskandidaten selbst gemacht worden ist, wird bevorzugt der vom Status her höchstrangige Beruf des Vaters (z. B. Schuhmachermeister, Zigarrenfabrikant, Kaufmann etc.) angegeben – unabhängig davon, wann, wie lange und mit welchem Resultat der Vater diesen Beruf ausgeübt hat – oder die Angabe eines Vaterberufs mit niedrigem Status wird bewußt weggelassen.

3. Welcher Konfession bzw. welcher Religionsgemeinschaft gehörten die Reichstagskandidaten an?

Zweifellos gehört das Religionsbekenntnis zu den wichtigsten Variablen in der deutschen Wahlforschung¹⁴. Bei der Erhebung wurde versucht, die Konfessionszugehörigkeit bei Geburt bzw. Taufe auch für solche Kandidaten festzustellen, die später aus der Kirche austraten oder zu einer anderen Konfession/Religionsgemeinschaft

¹² Siemann (23) errechnet für die soziale Herkunft der Weimarer Arbeiterführer mit Volksschulbildung: 49% aus dem „Arbeiterstand“, 35% aus dem „handwerklichen Mittelstand“, 3% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand“ und 13% aus dem „neuen Mittelstand“.

¹³ Siemann (23) errechnet für die soziale Herkunft der Weimarer Arbeiterführer mit Universitätsstudium: 5% aus dem „handwerklichen Mittelstand“, 21% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand“, 1% aus dem „neuen Mittelstand“, aber 74% aus der „bürgerlichen Oberschicht“.

¹⁴ Vgl. z. B. die beiden Tabellen über Konfession und Wahlverhalten für 1871–1887 und für 1903 bei: Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss (Mitarbeiterin), *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918* (München 1980) 99–101, im folgenden zitiert: Ritter, Niehuss, *Arbeitsbuch*. – In der wissenschaftlichen Literatur spielt der „konfessionelle Faktor“ als Grunddeterminante des Wahlverhaltens eine wichtige Rolle; vgl. u. a. schon die zeitgenössischen Untersuchungen: Alois Klöcker, *Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft* (Mönchen-Gladbach 1913) und Johannes Schauff, *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928*, hrsg. u. eingel. v. Rudolf Morsey (Mainz 1975). – Vgl. z. B. die zentrale Funktion von Religion/Konfession bei der Herausbildung und Entwicklung von „sozialmoralischen Milieus“ und deren Zusammenhang mit dem deutschen Parteiensystem: M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Deutsche Parteien vor 1918* (Köln 1974) 68 und öfters; die einschlägige Forschung zusammengefaßt bei: Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830–1914* (Göttingen 1985) 49 ff.

überwechselten. Allerdings ließ sich die (ggf. ehemalige) Konfessionszugehörigkeit der Kandidaten nur schwer und nicht immer zuverlässig feststellen. Ebenso ließ sich nur in den seltensten Fällen z. B. der Zeitpunkt des Kirchenaustritts eruieren, eine Erhebung dieses Austrittsdatums unterblieb daher; unter diesen Umständen lassen sich z. B. Hypothesen, die u. a. politisch motivierte kollektive „Austrittswellen“ behaupten, nicht überprüfen. Da Religion „als Privatsache“ betrachtet wurde, fehlen z. B. in den meisten autobiographischen Quellen der Reichstagskandidaten die Angabe der (ehemaligen) Konfessionszugehörigkeit.

Dennoch liegen hier für drei Viertel (72,3%, 487 von 674) der Reichstagskandidaten verlässliche Informationen vor – mithin eine ausreichend große Schätzbasis. In jedem Fall war die weit überwiegende Mehrheit, etwa zwei Drittel (68,0% von 487), ursprünglich Mitglied der evangelischen Kirche; von diesen protestantischen Reichstagskandidaten traten in der Folge mindestens fünf Zehntel (48% von 331) aus der Kirche aus. Nur ein Viertel (27,3% von 487) der Reichstagskandidaten gehörte ursprünglich der römisch-katholischen Kirche an; auch von diesen katholischen Reichstagskandidaten traten mindestens fünf Zehntel (49% von 133) aus der Kirche aus. Das heißt bei der Kirchenaustrittsbewegung läßt sich kein signifikanter Unterschied bei den Angehörigen der beiden christlichen Konfessionen beobachten.

Die Anteile von Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften sind insgesamt nur relativ gering, bezogen aber auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, relativ stark vertreten. Dies gilt vor allem für die Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft, die mit mindestens 17 (3,5% von 487) Reichstagskandidaten vertreten ist¹⁵; von diesen 17 Kandidaten traten allerdings mehr als die Hälfte (9) aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft aus. Nur 6 (1,2% von 487) Kandidaten gehörten sonstigen Glaubengemeinschaften (in der Regel deutschkatholisch) an.

Wohl trat etwa die Hälfte (48% von 487) der Reichstagskandidaten im Laufe der Jahre aus den christlichen oder jüdischen Glaubengemeinschaften aus und blieb konfessionslos bzw. freireligiös, aber umgekehrt verblieb ebenso etwa die Hälfte (52%) – zumindest formal – in den Amtskirchen¹⁶. Bezogen auf die Wahlen, gibt es allerdings einen eindeutigen Trend: der Anteil der „Dissidenten“ steigt bei jeder Wahl deutlich an (von 50% auf 60%), so daß 1912 ca. sechs Zehntel der Kandidaten aus den Kirchen ausgetreten waren¹⁷. Im Hinblick auf die ursprüngliche Glaubenzugehörigkeit gibt es dagegen kaum Verschiebungen: die Protestanten sind mit ca. 68% und die Ka-

¹⁵ Vgl. u. a. die zeitgenössischen Erklärungen zum „Judentum als Rekrutierungsgebiet“ der „sozialistischen Führerschaft“ bei: *Michels*, Soziologie, 250–255; auch die biographisch orientierte Studie von *Ernest Hamburger*, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit (Tübingen 1968); kurzer Überblick mit Literaturverweisen u. a. bei: *Christl Wickert*, Frauen im Parlament. Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in: *Schröder* (Hrsg.), Lebenslauf, 210–240 (hier: 230–235).

¹⁶ *Loreck* (145–156) stellt ebenso fest, daß wohl alle Autobiographen der Kirche/Religion schließlich distanziert gegenüber stehen, was aber nicht notwendigerweise zum formalen Kirchenaustritt führen mußte.

¹⁷ Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit dem von *Siemann* (30–32), der bei den Weimarer Arbeiterführern einen Dissidentenanteil von 57% errechnet.

tholiken mit ca. 25% vertreten; nur die Mitglieder der jüdischen Glaubensgemeinschaft haben leicht und kontinuierlich zugenommen von ca. 4% (mind. 2,4% = 7) auf ca. 6% (mind. 4,9% = 14).

4. Welche Schul- bzw. Hochschulbildung absolvierten die Reichstagskandidaten?

Auch hier beschränkt sich die Datenbasis auf Angaben zu drei Vierteln (74,9% von 674) der Fälle, aber die fehlenden Angaben lassen sich anhand anderer Indikatoren (vor allem anhand des erlernten Berufs) mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit rekonstruieren. Die Reichstagskandidaten können aufgrund ihrer Schul- bzw. Hochschulbildung in drei klar voneinander abgrenzbare Gruppen gegliedert werden: Absolventen der Volksschule, Absolventen der Mittelschulen (und vergleichbarer Klassenstufen in höheren Schulen) und – im weitesten Sinne – die „Akademiker“ (zumindest mit dem „Einjährigen“, mit Abitur, mit Studium oder mit dem Abschluß von Präparandenanstalt/Lehrerseminar)¹⁸. Durch die angewandte Schätzmethode ergeben sich für die „Volksschulabsolventen“ Maximalwerte, für die „Mittelschulabsolventen“ und für die „Akademiker“ Minimalwerte.

Von allen Reichstagskandidaten haben mehr als vier Fünftel (max. 83,8%) nur die Volksschule besucht. Wenn auch die Zahl der Volksschulabsolventen bei jeder Wahl absolut gestiegen ist (von 223 auf 289), so bleibt ihr Anteil an den Reichstagskandidaten nahezu unverändert auf ca. 80%. Über die beträchtlichen Unterschiede in der Qualität der vermittelten elementaren Schulbildung läßt sich nur vermuten, da nur selten in den Quellen Informationen darüber vorhanden sind. Bei den „Volksschulen“ wäre es z.B. wünschenswert gewesen, die einklassigen Volksschultypen (z.B. die traditionale „Dorfschule“) von den mehrklassigen Volksschultypen (vor 1914 keine 8-klassigen, sondern maximal 6-klassige Volksschulen) zu unterscheiden. Dies hätte sich aufgrund der Quellenlage nur in den seltensten Fällen zuverlässig nachweisen lassen. Nur die in den Kandidaten-Biographien zahlreichen Hinweise auf ergänzende meist berufsbezogene Fortbildung, z.B. der (derzeit meist freiwillige) Besuch von Fortbildungs- und Gewerbeschulen oder anderer Fortbildungseinrichtungen, läßt hier präzisere Rückschlüsse auf die Bildungssituation der Volksschulabsolventen zu.

Insgesamt mind. 53 (7,8% von 674) Reichstagskandidaten haben Mittelschulen, (höhere) Bürgerschulen, Realschulen, Lateinschulen oder die Unter- bzw. Mittelstufe von Gymnasien (ohne „Einjähriges“) besucht. Unter „Mittelschulen“ wurden alle Schultypen subsumiert, die wohl über die Qualifikation der normalen Volksschule

¹⁸ Die Klassifikation der Bildungsqualifikation folgt weitgehend der von *Lundgreen et al.* (siehe oben) für das Projekt „Bildungsbeteiligung und soziale Mobilität in preußischen Städten des 19. Jahrhunderts“ entwickelten und begründeten Klassifikation. – *Siemann* (20ff.) sieht in der Bildungsqualifikation das entscheidende soziographische Strukturierungs- bzw. Differenzierungsmerkmal seines Personenkollektivs; entsprechend gruppiert er konsequent nach dem jeweils absolvierten Bildungsgang die Grundgesamtheit „Arbeiterführer“ in drei Gruppen (I. mit Volksschulabschluß, II. mit weiterführender Bildung, III. mit Universitätsstudium).

hinausführten, jedoch nicht über das Recht zum „Einjährigen“ – Abschluß verfügten. Leider wissen wir in den meisten Fällen nicht, ob die Schulen bis zu einer bestimmten Klassenstufe oder bis zum normalen Abschluß besucht wurden. Die immerhin 13 Gymnasiasten ohne „Einjähriges“ verließen in der Regel das Gymnasium oft durchaus plangemäß mit Quarta-Abschluß (dem sogenannten „Handwerker-Abitur“) oder mit Tertia-Abschluß (für den Eintritt in den Postdienst); diese Gymnasiasten als „Schulabbrecher“ zu bezeichnen, entspricht zumindest nicht dem zeitgenössischen Verständnis, das nicht nur im „Einjährigen“ und im „Abitur“ einen regelgerechten Schulabschluß sah. Die Zahl der „Mittelschulabsolventen“ nahm bei jeder Wahl leicht zu (von 25 auf 41), so daß sich ihr Anteil – als einzige unter den drei definierten Bildungsgruppen auf mehr als ein Zehntel (von 8,9% auf 11,2%) steigerte.

Im Rahmen des „Berechtigungswesens“ im Kaiserreich war zweifellos das Recht des „Einjährigen“-Abschlusses das entscheidende Kriterium für die Statusdifferenzierung der unterschiedlichen Schultypen. Unter „höhere Schulen“ wurden daher alle Schultypen subsumiert, die zumindest zum „Einjährigen“-Abschluß bzw. zur „Obersekundareife“ führten, z. B. „Gymnasium“, „Oberrealschule“, „Realgymnasium“, „Lateinschule“. Die Eingangs-Barriere zum „Berechtigungswesen“ im Deutschen Reich, das „Einjährige“, überwandten immerhin 50 (7,4% von 674) Reichstagskandidaten. Hinzu kommen noch 6 Volksschullehrer, die in der Regel Präparandenanstalt und Lehrerseminar absolviert hatten und die bei der Ausübung des Militärdienstes vergleichbare Sonderbedingungen wie die Absolventen des Einjährigen-Freiwilligendienstes vorfanden; die Volksschullehrer wurden in der zeitgenössischen SPD vereinfacht mit zu den „Akademikern“ gezählt¹⁹. Zwei Reichstagskandidaten verließen das Gymnasium nur mit dem „Einjährigen“ (darunter der stets als „Akademiker“ eingeschätzte Eduard Bernstein), 48 (7,7% von 674) dagegen mit dem Abitur. 43 (6,9% von 674) Reichstagskandidaten absolvierten ein Universitätsstudium, davon verließen nur 12 die Universität ohne erkennbaren Abschluß (prominente Beispiele: Richard Calwer, Max Schippel). Auch hier sollte man zumindest bei Absolventen von Fächern, die keine formalen staatlichen Abschlüsse aufwiesen, zurückhaltend mit der Bezeichnung „Studienabbrecher“ sein. Das Anstreben eines förmlichen Abschlusses eines Universitätsstudiums war im Kaiserreich nicht selbstverständlich, d. h. „ohne Abschluß“ mußte nicht gleichbedeutend sein mit einem „Studienabbruch“ und „ohne Qualifikation“, sondern konnte durchaus berufsqualifizierend sein. Dies galt insbesondere für Studierende mit dem Berufsziel des Journalisten bzw. des „Schriftstellers“. Umgekehrt bedeutet das allerdings auch nicht, daß jeder „Studienabbruch“ planvoll und berufsbedingt vollzogen wurde; aber im Verhältnis zur großen Zahl der Akademiker mit formalem Studienabschluß bilden jene Kandidaten, die aus vorrangig politischen Gründen die Universität vorzeitig verlassen mußten, nur eine kleine Minorität.

¹⁹ Diese Subsumierung der Volksschullehrer unter den „Akademikern“ z. B. auch bei *Bronder*, 122. – Zur „Akademikerfrage“ vgl. u. a. *Michels*, *Soziologie*, 236–256, 300–315; in soziographischer Hinsicht ausführlich bei: *Siemann*, 126–191; jüngste Gesamtdarstellung bei: *Gustav Auernheimer*, *Genosse Herr Doktor, Zur Rolle von Akademikern in der deutschen Sozialdemokratie* (Marburg 1985).

23 (3,4% von 674) Reichstagskandidaten schlossen ihr Universitätsstudium mit der Promotion ab; dem damals weitreichenden Promotionsrecht der philosophischen Fakultät entsprechend, promovierten die Reichstagskandidaten weit überwiegend (13) zum Dr.phil., 5 zum Dr.jur., 3 zum Dr.med. und 2 zum Dr.rer.pol. Die Zahl der „Akademiker“ blieb über alle Wahlen nahezu unverändert (von 32 auf 36), was einen leichten relativen Rückgang auf nur noch knapp ein Zehntel (von 11,4% auf 9,8%) bedeutete²⁰.

5. Welche Berufe erlernten die Reichstagskandidaten nach ihrer Schul- bzw. Hochschulausbildung?

Soziale Herkunft und Schulverhältnisse prägen in entscheidendem Maße die Möglichkeiten der Berufsausbildung: die „Volksschulabsolventen“ und die „Mittelschulabsolventen“ blieben bestenfalls auf handwerkliche und kaufmännische Lehrberufe verwiesen, nur den „Akademikern“ standen die „bürgerlich-akademischen Berufe“ offen²¹. Da im Kaiserreich noch kein amtlicher „Zweiter“ Bildungsweg anerkannt und etabliert war, blieb für den formalen Aufstieg von „Volksschulabsolventen“ in die Gruppe der „Akademiker“ in der Regel nur der Umweg über den „Zweiten“ Bildungsweg in der Schweiz; nur einem „Volksschulabsolventen“ unter den Kandidaten (Dr.Ludwig Quessel) gelang dieser Aufstieg tatsächlich.

Die un- und angelernten Arbeiter, insbesondere Tagelöhner, Land-, Fabrik- und Bauarbeiter, sind mit einem Anteil von einem Zehntel (76 = 11,3%) nur gering unter den Reichstagskandidaten repräsentiert. Bezogen auf die Wahlen stagnierte ebenfalls der Anteil der ungelernten Arbeiter auf einem Zehntel (von 9,8% auf 9,5%). Dieser Anteil wäre noch wesentlich geringer, wenn die Sondergruppe der Tabakarbeiter, die sich nach ihrem Selbstverständnis gern zu den handwerklich gelernten Berufen zählten, nicht amtlicherweise zu den un- und angelernten Arbeitern gerechnet würde. Insgesamt sind die Tabakarbeiter mit einem Anteil von 4,3% (29 „gelernte“ Tabakarbeiter) bzw. 4,6% (31, einschl. von 2 „umgeschulten“ Tabakarbeitern) unter den Reichstagskandidaten vertreten. Bezogen auf die Wahlen sank allerdings der Anteil der Tabakarbeiter von 6,9% (= 19, 1898) auf 3,6% (= 13, 1912) und bezogen auf die Reichstagsfraktion von 16,1% (1898) auf 6,4% (1912). Die hohe politische Überrepräsentanz der Tabakarbeiter ist sicherlich einer der auffälligsten Ergebnisse bei der Analyse der erlernten Berufe – eine Überrepräsentanz, die zweifellos ein Ergebnis einer eigentümlichen deutschen Entwicklung darstellt und bestenfalls in der besonderen Be-

²⁰ Siemann (21) erhält bei den Weimarer Arbeiterführern eine ähnliche Verteilung der Bildungsqualifikationen: 86% mit Volksschulbildung, 4% mit weiterführender Schulbildung und 10% mit akademischer Bildung.

²¹ Zur folgenden Analyse der „erlernten“ Berufe vgl. Schröder, Sozialstruktur, 75–85; ders., Probleme und Methoden, 94–96.

deutung der amerikanischen Zigarrenmacher für die Gewerkschaftsbewegung in den USA ein Pendant in anderen Ländern findet²².

Bereinigt man die Zahlen für die ungelerten Arbeiter im Hinblick auf die Tabakarbeiter, dann ergeben sich wohl insgesamt geringere Anteile für die Ungelernten, aber auch ein leichter Aufwärtstrend, der durch den Abwärtstrend der Tabakarbeiter rechnerisch ausgeglichen wird: danach stieg der „bereinigte“ Anteil von 2,9% (= 8, 1898) auf 5,7% (= 21, 1912). Ob bereinigt oder unbereinigt, die un- oder angelernten Arbeiter blieben unter den Reichstagskandidaten eine Ausnahmeerscheinung und waren – gemessen an dem vermuteten Gesamtanteil der un- und angelernten Arbeiter an der Wählerschaft – stark unterrepräsentiert.

Zweifelloos ist der gelernte Arbeiter der typische sozialdemokratische Reichstagskandidat: insgesamt 78,5% (= 529) der Kandidaten haben eine handwerkliche Lehre oder eine Ausbildung als industrielle Facharbeiter absolviert. Bezogen auf die Wahlen liegt der Anteil der Gelehrten mit nur kleinen Schwankungen bei 78% der Kandidaten. Klassifiziert man die erlernten Berufe nach der Organisationsstruktur der Freien Gewerkschaften im Jahre 1912, dann bestimmten im wesentlichen die Angehörigen von vier, später fünf gewerkschaftlichen Einzelverbänden die Struktur der Gruppe der gelernten Arbeiter: die Holzarbeiter, die Metallarbeiter, die Buchdrucker, die Schuhmacher und später die Bauarbeiter. Diese fünf Verbände stellten bei allen Wahlen etwa die Hälfte (zwischen 50,8% und 52,8%) aller Reichstagskandidaten bzw. zwei Drittel (zwischen 64,4% und 68,8%) der gelernten Arbeiter unter den Reichstagskandidaten.

Die Holzarbeiter (das sind zu vier Fünftel Tischler) waren 1898 (17,1%) und 1903 (17,1%) mit Abstand die stärkste Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern; 1907 (15,5%) und 1912 (14,8%) verringerte sich ihr Anteil, dadurch verloren sie wohl ihre Spitzenposition, blieben jedoch mit Abstand die zweitgrößte Berufsgruppe. Die Holzarbeiter waren – gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlichen organisierten Arbeitern (1910: 7,9%) – unter den Reichstagskandidaten deutlich überrepräsentiert.

Die Metallarbeiter (das sind zur Hälfte Schlosser/Mechaniker) blieben 1898 (13,9%) und 1903 (13,4%) zunächst nur die zweitstärkste Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern; ihre Zahl stieg jedoch absolut bei jeder Wahl an, so daß die Metallarbeiter 1907 (16,4%) und 1912 (16,1%) zur stärksten Berufsgruppe aufrückten. Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlichen Organisierten (1910: 20,6%), blieben die Metallarbeiter dennoch unter den Reichstagskandidaten unterrepräsentiert.

Die Buchdrucker und die Schuhmacher folgten mit Abstand als dritt- bzw. viertstärkste Berufsgruppe. Bei kleineren absoluten Rückgängen verringerte sich der jeweilige relative Anteil der Schuhmacher (von 9,3% auf 6,3%) und der der Buchdrucker (von 9,3% auf 6,6%) deutlich. Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlich

²² Zur Sondersituation der Tabakarbeiter vgl. u. a. die Fallstudie zu den latenten und manifesten Interessen der Tabakarbeiter in: *Wilhelm Heinz Schröder, Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung* (Frankfurt a. M., New York 1978) im folgenden zitiert: *Schröder, Arbeitergeschichte*.

Organisierten, waren sowohl die Schuhmacher (1910: 2,0%) als auch die Buchdrucker (1910: 3,0%) unter den Reichstagskandidaten überrepräsentiert.

Die Bauarbeiter (das sind in der Regel Maurer) nahmen ständig bei den Wahlen absolut zu und rückten schließlich zur drittstärksten Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern auf (von 3,2% auf 7,1%). Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlich Organisierten (1910: 12,2%), waren die Bauarbeiter allerdings deutlich unterrepräsentiert²³.

Die Anzahl der Kandidaten, die zumindest ursprünglich einen bürgerlich-akademischen Beruf erlernt und ihn meist auch für eine bestimmte Zeit ausgeübt hatten oder noch ausübten, blieb – von kleinen Schwankungen abgesehen – konstant (zwischen 34 und 37), entsprechend sank der relative Anteil von 12,1% auf 10,1% ab. Nur wenige Einzelberufe waren dabei zahlenmäßig bedeutsamer vertreten: allen voran die „akademischen“ Redakteure/Schriftsteller (13 oder 14 Vertreter bei jeder Wahl), Rechtsanwälte (zwischen 4 und 10), die Lehrer (zwischen 3 und 6) und noch die Ärzte (2 oder 3).

6. Leisteten die Reichstagskandidaten einen Militärdienst ab?

Erfasst werden sollten alle Reichstagskandidaten, die „gedient“ und ggf. an einem der beiden Kriege 1870–1871 und 1914–1918 (1939–1945 kam bei dieser Gruppe nicht in Betracht) teilgenommen hatten. Ähnlich wie schon bei der Angabe der Religionszugehörigkeit fehlen in den meisten autobiographischen Quellen der Reichstagskandidaten bewußt die Angaben zu den Militärverhältnissen. Die relativ geringe Datendichte, die auch durch weitere Recherchen nicht sichtbar hätte verbessert werden können, mindert wesentlich die Aussagekraft dieser Variablen. Eine Reihe interessanter Hypothesen kann dadurch nicht hinreichend untersucht werden: z.B. der denkbare Zusammenhang zwischen Mitgliedschaft in der Parteiopposition bzw. einer exponierten Tätigkeit für die junge USPD und einer hohen Wahrscheinlichkeit, im Ersten Weltkrieg zum Kriegsdienst einberufen zu werden – trotz „Unabkömmlichkeit“, fortgeschrittenem Lebensalter oder testierter militärischer Untauglichkeit (prominente Beispiele: Friedrich Westmeyer, Karl Liebknecht).

Hier verfügen wir nur in gut einem Viertel aller Fälle über gesicherte Angaben, eine verlässliche Schätzung für die Grundgesamtheit ist nicht möglich. Nachweisbar „militärfrei“ waren nur 30 (4,5%) Reichstagskandidaten. Dagegen hatten mindestens 142 (21,1%) „gedient“; davon nahmen mindestens 9 (1,3%) am Deutsch-Französischen Krieg 1870–1871 und mindestens 54 (8%) am Ersten Weltkrieg 1914–1918 teil. Während von den 1898er Kandidaten – altersbedingt – nur wenige (mind. 1) am Ersten Weltkrieg teilgenommen haben, waren von den 1912er Kandidaten viele (mind. 12,2% = 44) Kriegsteilnehmer, von denen wiederum mindestens 4 im Felde fielen.

²³ Vgl. die Kurzanalyse der Bauarbeiter unter den Reichstagskandidaten in: *Schröder, Probleme und Methoden*, 103–105.

Nur in wenigen Fällen (prominentes Beispiel: der „Kriegsinvalid“ Georg von Vollmar) konnten Art und Ausmaß von möglichen Kriegsbeschädigungen festgestellt werden.

7. Waren die Reichstagskandidaten verheiratet?

Neben der Rekonstruktion der typischen Lebenszyklen dient die Untersuchung zum Familienstand vor allem zur Überprüfung des offensichtlichen Zusammenhangs zwischen „Verheiratet-sein-müssen“ und dem Einstieg in eine politische Karriere. Aufschlußreich für die eigentliche Lebenslaufanalyse wäre sicher auch die Erfassung von Informationen zur Ehefrau (bzw. zu den Ehefrauen) und zur Familie des Kandidaten gewesen; allerdings fehlen hier in den allermeisten Fällen über die (kirchlich und/oder standesamtlich beurkundeten) Informationen hinaus Quellen überhaupt bzw. zuverlässige Angaben. Ausnahmen bilden hier vor allem Ehefrauen von Reichstagskandidaten, die selbst an führender Stelle politisch und schriftstellerisch aktiv waren (prominente Beispiele: Wilhelm Bloss/Anna Tomaszewska; Heinrich Braun/Lilli von Kretschmann; Rudolf Breitscheid/Tony Drevermann; Fritz Kunert/Marie Bombe; Wilhelm Reimes/Wilhelmine Kähler). Ähnlich interessant wäre sicherlich, die Untersuchung der Umstände und Gründe für die Wiederverheiratung von (mehrfach verheirateten) Kandidaten gewesen und welchen Einfluß die Wiederverheiratung auf den Karriereverlauf genommen hat.

Hier verfügen wir nur für knapp die Hälfte (44,8%) der Fälle über verlässliche Angaben. Nur 9 (1,3%) Reichstagskandidaten blieben nachweislich ledig; insgesamt dürfte es nur sehr wenige unverheiratete Kandidaten gegeben haben, ihr Anteil dürfte maximal 5%–10% betragen haben. Ledige sozialdemokratische Spitzenfunktionäre schienen vor dem Ersten Weltkrieg so selten zu sein, daß das Unverheiratetsein z.B. in Nachrufen besonders und nicht ohne versteckte Anspielungen hervorgehoben wurde²⁴ oder daß das Unverheiratetsein erklärt und „entschuldigt“ wurde²⁵. Ohne hier auf die Gründe für die offensichtliche allgemeine Notwendigkeit der Verheiratung einzugehen, bleibt festzuhalten, daß der typische Reichstagskandidat zweifellos verheiratet war.

Leider wissen wir nur von einem Sechstel (17%) aller Fälle das präzise Datum der (ersten) Heirat. Vier Fünftel aller bekannter Heiratsdaten liegen zwischen 1888 und 1901 (mit einem Maximum beim ersten Jahrhundertjahr 1900). Danach heirateten ca. 80% im dritten Lebensjahrzehnt, insbesondere in den Jahren nach Absolvierung des Militärdienstes (ca. im Alter von 22–28 Jahren), ca. 15% im vierten und ca. 5% erst spät im fünften Lebensjahrzehnt.

²⁴ Vgl. z. B. den Nachruf auf MDR Wilhelm Schmidt im Vorwärts vom 24.8.1907.

²⁵ Vgl. z. B. die Lebenspartnerschaft ohne Trauschein zwischen den bekannten Repräsentanten des Genossenschaftswesens Adolph von Elm und Helma Steinbach; diese Partnerschaft wird in den Nachrufen auf Adolph v. Elm und mehr noch auf Helma Steinbach meist hervorgehoben; vgl. auch: *Franz Osterroth*, Biographisches Lexikon des Sozialismus (Hannover 1960) 75–76.

8. Wann wurden die Reichstagskandidaten zum ersten Mal Mitglied einer der Organisationen der Arbeiterbewegung?

Die verlässliche Feststellung des Eintrittsdatums der Reichstagskandidaten in Partei und ggf. Gewerkschaften wird durch eine Reihe gravierender Probleme erschwert. Vor dem Hintergrund der repressiven Vereinsgesetzgebung wurde bis 1904 die Mitgliedschaft in der SPD nur vage definiert: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.“²⁶ Erst später wurden z.B. einheitliche Mitgliedsbücher eingeführt, was die einfache formale Objektivierung der Parteimitgliedschaft erlaubt. Die notwendigerweise nur vage Definition der Partei-Mitgliedschaft öffnete gerade in den 1880er und 1890er Jahren Tor und Tür für „selbsternannte“ Sozialdemokraten²⁷. In der Regel hing es von der subjektiven Einschätzung eines Sozialdemokraten ab, wann er sich zur Partei „zugehörig“ gefühlt hat; entsprechend liegen selten die Angaben präziser Eintrittsdaten vor, sondern meistens die Bestimmungen von „Eintritts-Zeiträumen“. Oft machten die Reichstagskandidaten ihren „Eintritt“ auch mit der Übernahme der ersten Parteifunktion fest.

Da die Gewerkschaften schon frühzeitig Unterstützungsbücher für Mitglieder, Mitgliedsbücher etc. führten, ist hier eine genauere Bestimmung des Eintrittsdatums möglich. Allerdings unterlag es für die Zeit vor 1890 meist der subjektiven Einschätzung, ob z.B. der „Schlosser-Fachverein“ oder der „Reiseunterstützungsverein“ schon als „Gewerkschaft“ betrachtet wurde. Viele Gewerkschaftsmitglieder geben als Eintrittsdatum zu den Gewerkschaften erst das Beitrittsdatum zu einem der großen gewerkschaftlichen Einzelverbände nach 1889/90 an. Die Erhebung sollte den Erst Eintritt in eine Organisation der Arbeiterbewegung registrieren, d.h. lagen unterschiedliche Eintrittsjahre für den Eintritt in die Partei und für den Eintritt in die Gewerkschaften vor, dann wurde das früheste Eintrittsjahr erfaßt.

Die meisten Angaben zum Eintrittsdatum sind autobiographische Angaben. Während ein Teil der Reichstagskandidaten nur das Jahr oder die Zeitphase angibt, als sie gesinnungsmäßig (nicht unbedingt als aktives Parteimitglied) zur Sozialdemokratie kamen, gibt ein anderer Teil dagegen als Eintrittsdatum z.B. das Gründungsdatum des nominell „sozialdemokratischen“ Parteivereins an, während vorhergehende Aktivitäten in „Arbeiter“-Vereinen oder für die noch nicht organisatorisch verfestigte Sozialdemokratie unberücksichtigt bleiben. Insgesamt liegen für die weit überwiegende Mehrheit der Reichstagskandidaten solche autobiographische Angaben vor.

Bei der Analyse wurden jedoch nur solche Angaben berücksichtigt, die zumindest das präzise Jahr des Eintritts in die Arbeiterbewegung enthielten; dadurch gingen nur noch knapp die Hälfte (44%) aller Fälle in die Analyse mit ein. Danach traten knapp

²⁶ Text des Organisationsstatus von Halle u. a. in: Protokoll Parteitag Halle (1890) 6–8 (hier: 6).

²⁷ Besonders spektakulär bei den Übertritten zur Sozialdemokratie aus dem (klein)bürgerlichen Lager; schon *Michels* (Soziologie, 246–248) sah sich veranlaßt, eine Typologie solcher „Sozialdemokraten“ zu erstellen: „Phantasten, verkannte Genies, Spostati aller Arten, literarische Bohemiens, nicht anerkannte Erfinder von allerhand sozialen Allheilmitteln, rates, rapins, cabotins, Quacksalber, Dr. Eisenbarte ...“.

drei Zehntel (28%) der Reichstagskandidaten schon vor dem Sozialistengesetz der Partei oder einer Gewerkschaft bei und jeweils ein gutes Drittel während des Sozialistengesetzes (36%) bzw. nach dem Fall des Sozialistengesetzes (36%). Vor dem Sozialistengesetz gibt es Maxima in den Jahren 1867, 1872 und 1876, während des Sozialistengesetzes in den Jahren 1885, 1887 und 1888, und nach dem Sozialistengesetz in den Jahren 1890 und 1891. Etwa die Hälfte (45%) aller Eintritte erfolgte in dem Jahrzehnt 1884–1893.

Der Entschluß, der Partei oder Gewerkschaft beizutreten, erfolgte in der Regel schon in jungen Jahren: im Jahrzehnt zwischen dem 18. und 27. Lebensjahr traten vier Fünftel (79%), in den sieben Jahren zwischen dem 19. und 25. Lebensjahr noch knapp zwei Drittel (63%) der Partei oder Gewerkschaft bei²⁸. Im 19. und 20. Lebensjahr, d. h. meist nach Abschluß der Lehre und auf Wanderschaft und noch vor dem Militärdienst, finden sich die Eintritts-Höchstzahlen: Mehr als ein Fünftel (23%) der Reichstagskandidaten tritt in dieser kurzen Lebensphase bei. Bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehntes waren schon mehr als neun Zehntel (91%) Mitglied der Partei oder Gewerkschaft. Die statistischen „Ausreißer“, d. h. Kandidaten, die erst im vierten (8%) oder sogar erst im fünften (1%) Lebensjahrzehnt als Mitglied zur Sozialdemokratie fanden, gehören in der Regel erwartungsgemäß den älteren Geburtsjahrgängen vor 1850 an²⁹.

9. Welchen Verlauf nahm die berufliche Karriere der Reichstagskandidaten bis 1914?

Nur knapp ein Viertel (24,1%) aller Reichstagskandidaten wechselte bis 1914 nicht dauerhaft oder nur vorübergehend in eine hauptamtliche Position innerhalb der Arbeiterbewegung³⁰. Bezogen auf die Wahlen, sank der Anteil der „Nicht-Arbeiterbeamten“ schnell von 31,1% (1898) auf nur noch 17,9% (1912) ab, d. h. 1912 war nur noch ein Sechstel der Reichstagskandidaten beruflich von der Arbeiterbewegung nicht unmittelbar abhängig. Die Minoritätsgruppe der „Nicht-Arbeiterbeamten“ setzte sich aus unselbständigen Arbeitern/Angestellten im Gewerbe und Handel, aus kleinen Selbständigen im Gewerbe und Handel und aus Angehörigen bürgerlich-akademischer Berufe zusammen.

Mehr als ein Viertel aller Reichstagskandidaten (27% = 182) machte sich bis 1914 als Handwerksmeister, Kleinfabrikant, (Klein)Kaufmann oder Gastwirt selbständig. Die Selbständigen rekrutierten sich ausnahmslos aus ehemaligen Arbeitern/Handwerkern, d. h. zumindest formal hat dieser Teil der Arbeiterschaft im Rahmen der intragenerationellen Mobilität ganz und im Rahmen der intergenerationellen Mobilität teilweise einen Aufstieg in die untere Mittelschicht bzw. in das Kleinbürgertum vollzogen. Von den 182 Selbständigen überhaupt wechselten mehr als ein Drittel (36%) bis

²⁸ Zur Bestimmung des „Agitationsalters“ vgl.: *Schröder, Arbeitergeschichte*, 218 f.

²⁹ *Loreck* (220–226) erhält auf der Basis von 33 Autobiographien folgende Ergebnisse: Das Parteibeitrittsalter beträgt durchschnittlich 22 Jahre, das Gewerkschaftsbeitrittsalter 21 Jahre.

³⁰ Zur Analyse der „ausgeübten“ Berufe vgl.: *Schröder, Sozialstruktur*, 85–96.

1914 in hauptamtliche Positionen der Arbeiterbewegung, gut die Hälfte (53%) blieb selbständig und ein Zehntel (11%) wechselte von einer hauptamtlichen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung in die Selbständigkeit. Dies zeigt einerseits, daß die meisten selbständigen Reichstagskandidaten es bevorzugten, wirtschaftlich selbständig zu bleiben, auch wenn es in der Folge oft den Verlust der Kandidatur bedeutete. Dies zeigt andererseits, daß dennoch viele selbständige Reichstagskandidaten bei Gelegenheit in eine Arbeiterbeamtenposition überwechselten, daß aber dieser Wechsel keine Einbahnstraße bedeutete und es – wenn auch in geringerem Umfange – auch Arbeiterbeamte gab, die den umgekehrten Weg beschritten und die Selbständigkeit der Arbeiterbeamtenposition vorzogen.

Ein Zehntel (68 = 10%) aller Reichstagskandidaten übte bis 1914 einen bürgerlich-akademischen Beruf aus. Wir haben schon oben dargestellt, daß dies zumindest formal für mindestens vier Zehntel einen Aufstieg im Rahmen der intergenerationalen Mobilität bedeutete. Von den 68 Inhabern bürgerlicher Berufe wechselten drei Fünftel (60%) in hauptamtliche Positionen der Arbeiterbewegung (in der Regel als Redakteure) bzw. verdienten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit freiberuflicher Tätigkeit (in der Regel als Schriftsteller, Referent, Dozent) innerhalb der Arbeiterbewegung. Zwei Fünftel (40%) übten weiterhin ihren bürgerlichen Beruf aus, dies betraf insbesondere die Rechtsanwälte, aber in kleiner Zahl z. B. auch Ärzte, Apotheker und Gutsbesitzer.

Drei Viertel (510 = 75,9%) aller Reichstagskandidaten gab irgendwann den bisherigen Beruf auf, wechselte in eine Arbeiterbeamtenposition und blieb zumindest bis 1914 ggf. bis zur Pensionierung oder bis zum Tod Arbeiterbeamter; Ausnahmen hiervon bildeten nur die oben schon erwähnten, wenigen Wechsler in selbständige Berufspositionen. Von diesen 510 Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten blieben zwei Drittel (333 = 65,3%) bis 1914 stets in der gleichen Karriereposition. Von diesen karriere-immobilen Arbeiterbeamten verharrte knapp die Hälfte (44,2%) bis 1914 in der gleichen Funktion, und sogar knapp zwei Drittel übten die Funktion(en) am gleichen Ort aus; nur gut die Hälfte (55,8%) wechselte auf der gleichen Ebene zumindest einmal die Funktion, und nur gut ein Drittel wechselte den Arbeitsort. Gegenstand der Analyse von Karrieremustern können daher nur die Karrierepositionen von einem Drittel (177 = 34,7%) der (karriere-mobilen) Arbeiterbeamten sein.

Als erste Ergebnisse der Karriereanalyse ergeben sich folgende Verteilungen für die 9 definierten Karrierepositionen³¹:

Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional):

Ein Viertel (128 = 25,1%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Gewerkschaftsangestellter auf lokaler oder regionaler Funktionsebene. Zwei Drittel (86 = 67,2%) dieser Gewerkschaftsangestellten verharrten bis 1914 in dieser

³¹ Zur Karriereanalyse und zur Methode der „Konfiguration-Sequenz-Analyse“ vgl.: Schröder, *Collective Life Histories*, 214–222.

Karriereposition, davon zwei Drittel wiederum ohne horizontal die Funktion und/oder den Ort dabei zu wechseln. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann schafften schließlich davon nur 6 (4,7%) den Aufstieg in die nationale Funktionsebene der gewerkschaftlichen Zentralvorstände, 9 (7,0%) den Wechsel in das Arbeitersekretariat, 6 (4,7%) den Wechsel in die Parteiredaktion, aber immerhin 16 (12,5%) den Wechsel in das Parteisekretariat; der Wechsel in andere Endpositionen ist quantitativ unerheblich.

Als Zielposition für die anderen 424 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, spielte die Position des Gewerkschaftsangestellten auf lokaler und regionaler Ebene eine geringe Rolle: nur 12 (2,4%) Arbeiterbeamte mit anderen Einstiegspositionen wechselten schließlich in diese Position, davon begannen u.a. 3 als Parteiredakteure und je 2 als Leitende Gewerkschaftsangestellte, Parteiangestellte, Genossenschafts- und Krankenkassenangestellte.

„Leitende“ Gewerkschaftsangestellte:

Ein Viertel (36 = 7,1%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Gewerkschaftsangestellter gleich auf der höchsten (nationalen) Funktionsebene der gewerkschaftlichen Zentralverbände bzw. der Generalkommission der Gewerkschaften. Knapp zwei Drittel (23 = 63,9%) der Leitenden Gewerkschaftsbeamten blieben bis 1914 in dieser Karriereposition; hinzu kamen weitere 4 (11,1%) Spitzenbeamte, die zwischenzeitlich andere Karrierepositionen eingenommen hatten, aber schließlich wieder die Ausgangsposition einnahmen, so daß sich im Nettovergleich der Anteil der Immobilen auf drei Viertel (75,0%) der Gruppe erhöht. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich nur schwache Abstromquoten: je 2 gewerkschaftliche Spitzenbeamte wechselten in die Parteiredaktion, in das Parteisekretariat bzw. in die Leitende Parteiangestelltenschaft.

Als Zielposition für die anderen 474 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, kam der Position des Leitenden Gewerkschaftsangestellten eine relativ bedeutsame Rolle zu: immerhin 20 (3,9%) Arbeiterbeamte mit anderen Einstiegspositionen wechselten schließlich in diese Position, davon begannen u.a. 6 als Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), jeweils 3 als Arbeitersekretäre bzw. Parteiredakteure und 2 als Parteiangestellte.

Arbeitersekretäre:

Ein Dreizehntel (40 = 7,8%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Arbeitersekretär. Auch hier blieben zwei Drittel (27 = 67,5%) bis 1914 stets in derselben Position. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich folgende nennenswerten Wechsel: es werden schließlich 4 Parteisekretäre, je 3 Leitende Gewerkschaftsangestellte bzw. Parteiredakteure und 2 Genossenschaftsangestellte. Als Zielposition für die anderen 470 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, diente das Arbeitersekretariat für 23 (4,5%) Arbeiterbeamten mit anderen Einstiegspositionen: davon begannen u.a. 9 als Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), je 4 als Krankenkassenangestellte bzw. Parteiredakteure und je 2 als Genossenschafts- bzw. als Parteiangestellte.

Parteisekretäre:

Nur ein Dreiunddreißigstel ($17 = 3,3\%$) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Parteisekretär. Von diesen 17 Parteisekretären blieben fast alle ($14 = 82,4\%$) bis 1914 stets in derselben Position. Entsprechend ergeben sich beim Vergleich von Anfangs- und Endpositionen keine nennenswerten Wechsel. Als Zielposition verzeichnete das Parteisekretariat den höchsten Zustrom ($48 = 9,4\%$) von Arbeiterbeamten mit anderen Einstiegspositionen aus allen Sektoren der Arbeiterbewegung: der Zustrom rekrutierte sich u. a. aus 16 Gewerkschaftsangestellten (Lokal/Regional), 13 Parteiredakteuren, 5 Krankenkassenangestellten, je 4 Parteiangestellten bzw. Arbeitersekretären, 3 Genossenschaftsangestellten und 2 Leitenden Gewerkschaftsangestellten. Das Parteisekretariat kann zweifellos als eine ausgesprochene Zielposition in der Karriere der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten gelten.

Parteiredakteure:

Mehr als ein Viertel ($133 = 26,1\%$) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Parteiredakteur, mithin war der Parteiredakteur die höchstfrequentierteste Einstiegsposition. Von diesen 133 Parteiredakteuren blieben knapp zwei Drittel ($83 = 62,4\%$) bis 1914 stets in derselben Position. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich folgende nennenswerten Wechsel: es wurden schließlich 13 Parteisekretäre, 10 Leitende Parteiangestellte, je 4 Arbeitersekretäre bzw. Genossenschaftsangestellte und je 3 Leitende Parteiangestellte bzw. Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional). Umgekehrt war der Parteiredakteur Zielposition u. a. von je 6 Gewerkschaftsangestellten (Lokal/Regional) bzw. Parteiangestellten, von 3 Arbeitersekretären und von je 2 Leitenden Gewerkschaftsangestellten bzw. Genossenschaftsangestellten.

„Leitende“ Parteiangestellte:

Nur wenige ($24 = 4,7\%$) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten erhielten ihre Ersteinstellung als Leitende Parteiangestellte (in der Regel die Geschäftsführer der Parteiverlage/Parteidruckereien und der großen Parteibuchhandlungen). Von den Leitenden Parteiangestellten blieben ebenfalls zwei Drittel ($16 = 66,7\%$) bis 1914 in derselben Position. Der Vergleich von Erst- mit der Endposition ergibt bei der geringen Zahl von Fällen keine nennenswerten Wechsel. Der Leitende Parteiangestellte war hauptsächlich eine Zielposition für Parteiredakteure; neben den 10 Parteiredakteuren, waren nennenswert nur noch je 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional) bzw. Leitende Gewerkschaftsangestellte vertreten.

Parteiangestellte:

Ein Zehntel ($50 = 9,8\%$) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten wurde zuerst als Parteiangestellter (Expedienten, Spediteure, Akquisiteure, Kassierer etc.) eingestellt. Mehr als drei Fünftel ($31 = 62,0\%$) blieb bis 1914 in derselben Position. Vergleicht man Erst- und Endposition, ergeben sich eine Reihe nennenswerter Wechsel: es wurden schließlich 6 Parteiredakteure, 4 Parteisekretäre und je 2 Arbeitersekretäre, Leitende Gewerkschaftsangestellte und Gewerkschaftsangestellte (Lokal/

Regional). Als Zielposition kam der Parteiangestellte kaum in Frage, nur 3 Parteiredakteure wurden schließlich Parteiangestellte.

Genossenschaftsangestellte:

Ein Zwölftel (43 = 8,4%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten erhielt die Ersteinstellung bei den Konsum- und Produktionsgenossenschaften. Fast drei Viertel (31 = 72,1%) blieb bis 1914 Genossenschaftsangestellter. Der Vergleich von Erst- und Endposition ergibt nur wenige nennenswerte Wechsel: es wurden schließlich 3 Parteisekretäre und je 2 Arbeitersekretäre bzw. Parteiredakteure. Zielposition wurde der Genossenschaftsangestellte für 4 Parteiredakteure und je 2 Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional) bzw. Krankenkassenangestellte³².

Krankenkassenangestellte:

Ein Dreizehtel (40 = 7,8%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten wurde zuerst von den Allgemeinen und Berufs-Krankenkassen eingestellt (die Subsumierung von Krankenkassenangestellten als „Arbeiterbeamte“ war in der zeitgenössischen SPD üblich). Nur gut die Hälfte (22 = 55,0%) blieb bis 1914 stets Krankenkassenangestellte. Der Vergleich von Erst- und Endposition ergibt eine Reihe nennenswerter Wechsel: es wurden schließlich 5 Parteisekretäre, 4 Arbeitersekretäre und je 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), Parteiangestellte bzw. Genossenschaftsangestellte. Zur Zielposition wurde der Krankenkassenangestellte selten: nennenswert nur 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional).

Die Ersteinstellungen erfolgten weitestgehend (91,8%) seit 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, nur knapp ein Zehntel (8,2%) war schon vor 1890 zum ersten Mal (und oft mit Unterbrechung) als Arbeiterbeamter tätig. Die Zahl der Ersteinstellungen hatte 1890 mit 36 (= 7% aller 517 bekannten Fälle) sogleich einen ersten steilen Höhepunkt erreicht, nahm dann bis 1896 stetig ab, stieg dann deutlich wieder an und pendelte von 1897 und 1905 zwischen 20–30 Ersteinstellungen pro Jahr, hatte dann 1906 mit 40 Ersteinstellungen den Höhe- und Wendepunkt erreicht und sank seit 1907 rapide ab.

Das Alter der Arbeiterbeamten bei der Ersteinstellung ist deutlich strukturiert: die Ersteinstellung erfolgte weitestgehend (86,7% der 486 bekannten Fälle) im Alter von 22–40 Jahren, Ersteinstellungen nach dem 40. Lebensjahr sind relativ selten (12,3%). In der Altersphase zwischen 27 und 34 Jahren erfolgte schwerpunktmäßig die Ersteinstellung, fast die Hälfte (48,4%) der Arbeiterbeamten erhielt in dieser Lebensphase die erste Anstellung. Die Dominanz dieser Haupt-Ersteinstellungsphase blieb seit 1890 in der Zeit weitgehend stabil. Diese Ersteinstellung als Arbeiterbeamter erfolgte in einem Drittel aller Fälle unmittelbar in der engeren „Geburtsheimat“ (vgl. die Definition von „Geburtsheimat“ bei der Frage nach den Wahlkreisbindungen der Kandidaten).

³² Vgl. die Kurzanalyse der Genossenschaftsangestellten unter den Reichstagskandidaten in: Schröder, Probleme und Methoden, 109–113.

10. In welchem Alter kandidierten die Reichstagskandidaten zum Reichstag?

Das „Wahlalter“ der Kandidaten (d.h. das Lebensalter des Kandidaten zur Zeit der Wahl) bewegte sich 1898 zwischen 26 und 72 Jahren, 1903 zwischen 27 und 65, 1907 zwischen 27 und 68 und 1912 zwischen 28 und 72. Die Modalwerte geben erste Hinweise auf ein steigendes Wahlalter der Kandidaten: das häufigste Alter (in Jahren) betrug 1898 35 Jahre (18 = 6,8% von 264 bekannten Fällen), 1903 ebenfalls 35 Jahre (20 = 6,5% von 306 bekannten Fällen), 1907 39 Jahre (20 = 6,2% von 324 bekannten Fällen) und 1912 46 Jahre (22 = 6,2% von 355 bekannten Fällen). Das durchschnittliche Wahlalter stieg von 40,8 Jahre (1898) auf 45,4 Jahre (1912) und der Median von 40,8 Jahre (1898) auf 44,0 (1912) an.

Die Einteilung des Wahlalters nach Altersklassen macht die Schwerpunkte der „Veralterung“ der Kandidaten deutlich. Der Anteil der „Unter-30-Jährigen“ sank von 6,8% (1898) auf 0,6% (1912) ab, d.h. diese Altersklasse war 1912 nur noch durch 2 Kandidaten repräsentiert. Der Anteil der „30–39-Jährigen“, die noch 1898 die stärkste Altersklasse bildeten, sank stetig und stark von 40,9% (1898) auf nur noch 26,5% (1912) ab. Die „40–49-Jährigen“ waren seit 1903 die mit Abstand dominierende Altersklasse unter den Reichstagskandidaten; ihr Anteil stieg von 36,7% (1898) auf 45,4% (1912) an. Der Anteil der „50–59-Jährigen“ nahm ebenfalls stetig zu und stieg von 14,0 (1898) auf 20,6% (1912) an; damit hatte diese Altersklasse die „30–39-Jährigen“ anteilmäßig fast erreicht. Der Anteil der „Über-59-Jährigen“ nahm quantitativ den umgekehrten Verlauf des Anteils der „Unter-30-Jährigen“ und stieg stetig und leicht von 1,5% (1898) auf 7,0% (1912) an.

Mit anderen Worten: während noch 1898 knapp die Hälfte (47,7%) der Reichstagskandidaten unter 40 Jahre alt war, waren dies 1912 nur noch gut ein Viertel (27,1%); umgekehrt stieg der Anteil der „Über-40-Jährigen“ von gut der Hälfte (52,3%) der Reichstagskandidaten auf knapp drei Viertel (72,9%) an.

Im Hinblick auf die Kontinuität von Kandidaturen, Funktionen etc. seien an dieser Stelle nur zwei Anmerkungen zur realen Lebenserwartung der Kandidaten zum Zeitpunkt der Wahl gemacht. Noch vor der nächsten Reichstagswahl starben von den Kandidaten der Wahl 1898 5,8% (14), der Wahl 1903 7,0% (19), der Wahl 1907 7,2% (21) und der Wahl 1912 17,3% (55); d.h. daß ein Teil der Kandidatenzirkulation mit dem Ableben des bisherigen Kandidaten erklärt werden kann. Eine reale Lebenserwartung unter 10 Jahren hatten von den Reichstagskandidaten der Wahl 1898 15% (36), der Wahl 1903 13,2% (36), der Wahl 1907 16,6% (48) und der Wahl 1912 17,3% (55).

Zieht man zum Vergleich die verfügbaren Altersstatistiken der Mitglieder von einzelnen SPD-Ortsvereinen und örtlichen Gewerkschaftsfilialen heran³³, dann zeigt sich, daß die Altersschichtung der Reichstagskandidaten zunehmend mehr der Alters-

³³ Vgl. *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869–1917 (Berlin 1987) I, 335–336; *Schröder*, Probleme und Methoden, 105–107; *ders.*, Arbeitergeschichte, 212–219.

gliederung der Parteibasis und ganz entschieden der der Gewerkschaften widersprach. Für diese Entwicklung lassen sich hauptsächlich drei Gründe anführen:

- Das passive Wahlrecht schrieb für die Reichstagskandidatur ein Mindestalter von 25 Jahren vor, jüngere Altersgruppen konnten demnach überhaupt nicht repräsentiert sein. Das Durchschnittsalter der Kandidaten mußte erwartungsgemäß höher liegen als das der Parteimitgliedschaft.
- Die Nominierung der Reichstagskandidaten erfolgte in der Regel aus dem Kreis der „bewährten“ Parteigenossen, die auf eine langjährige Parteipraxis verweisen konnten. Bedenkt man die Ergebnisse für das Ersteintrittsjahr in die Partei- und Gewerkschaftsbewegung und kalkuliert man eine sich seit den 1890er Jahren ständig verlängernde „Bewährungszeit“, dann mußte das „Erstnominierungsalter“ zunehmend steigen und schließlich deutlich jenseits der 30 Jahre liegen.
- Die relativ hohe Stabilität der Kandidatenbesetzung einerseits und das steigende durchschnittliche „Erstnominierungsalter“ andererseits trugen wesentlich zur Veralterung der Kandidaten bei; „junge“ Parteifunktionäre besaßen in der Regel nur noch in solchen Wahlkreisen eine (immer geringer werdende) Nominierungschance, die nur einen niedrigen SPD-Stimmenanteil aufwiesen und von daher für andere (ambitionierte und „ältere“) Bewerber nicht attraktiv genug waren.

Die Altersschichtung der Reichstagskandidaten macht schon für die Zeit vor 1914 das transparent, was dann im verstärkten Maße die SPD in der Weimarer Republik kennzeichnete: Verfestigung bzw. „Verkrustung“ der Organisation und Stabilität bzw. „Überalterung“ des Führungspersonals. Wesentliche Grundlagen für den innerparteilichen Intergenerationskonflikt und für die schwindende Attraktivität der SPD für die junge(n) Generation(en) in der Zeit der Weimarer Republik waren offensichtlich schon vor 1914 geschaffen.

11. Welche geographischen Bindungen besaßen die Reichstagskandidaten zu ihren Wahlkreisen?

Definiert man „Geburtsheimat“ als den geographischen Bereich, der den Geburtswahlkreis, die Geburtsprovinz (für Preußen) bzw. das Geburtsland und einen 50-km-Einzugsbereich um den Geburtswahlkreis herum umfaßt, dann war durchgängig für alle Wahlen mehr als die Hälfte aller Wahlkreise (zwischen 51,2% und 53,1%) mit Reichstagskandidaten aus der Geburtsheimat besetzt. Diese Heimatbindungen waren regional höchst unterschiedlich ausgeprägt. Regionen mit einem besonders hohen Anteil von „geburtsheimischen“ Kandidaten bei allen Wahlen waren z.B. die Provinz Ostpreußen (94%–100%), Bayern (57%–72%) und Elsaß-Lothringen (65%–75%). Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen mit „geburtsfremden“ Kandidaten bei allen Wahlen waren z.B. die Provinzen Schleswig-Holstein (70%–90%), Pommern (67%–73%) und Hannover (61%–74%).

Als Indikator für die geographische Bindung dient normalerweise der Wohn- oder Arbeitsort. Definiert man „Wohnheimat“ ähnlich der „Geburtsheimat“ als den geographischen Bereich, der den Wohnwahlkreis, den Partei-Agitationsbezirk des Wohnor-

tes und einen 50-km-Einzugsbereich um den Wohnwahlkreis herum umfaßt, dann gab es nur wenige Wahlkreise, die einen völlig „wohnfremden“ Kandidaten aufwiesen: ihr Anteil ging von 15,2% (1898: 60) auf nur noch 6,5% (1912: 26) zurück; Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen mit „wohnfremden“ Kandidaten gab es vor allem 1898, z.B. in den Provinzen Ostpreußen (100%) und Posen (93%). Neben dieser kleinen Gruppe von Wahlkreisen mit Kandidaten ohne Wohnbindung, gab es eine weitere kleine Gruppe, die ebenso zur Zeit der Wahl nicht in der „Wohnheimat“ wohnten, aber früher dort gewohnt hatten. Diese Gruppe von Wahlkreisen mit „früher wohnheimischen“ Kandidaten besaß einen Anteil zwischen 5,5% (1912: 22) und 7,6% (1907: 30). Die Gruppe von Wahlkreisen, die einen „wohnheimischen“ Kandidaten aufwiesen, steigerte ihren Anteil von 78,3% (1898) auf 88,0% (1912). Die Untergruppe von Wahlkreisen, deren Kandidat sogar unmittelbar im Wahlkreis wohnte, stieg ebenfalls relativ von 14,7% (1898: 58) auf 21,2% (1912: 84) an; Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen, deren Kandidat im Wahlkreis wohnte, sind z.B. durchgängig Hessen (44%–67%) und Baden (21%–57%).

12. In wievielen Wahlkreisen kandidierten jeweils die Reichstagskandidaten bei jeder Wahl?

Die Strategie des Aufstellens von „Zählkandidaten“ in möglichst allen Wahlkreisen des Reiches konnte zunächst nur durch die Nominierung von Mehrfachkandidaten realisiert werden, da kein ausreichendes Angebot von geeigneten Kandidaten zur Verfügung stand, um jeden Wahlkreis mit einem individuellen Kandidaten zu besetzen³⁴. Das Ziel, die Individualisierung der Reichstagskandidatur, konnte auch bei der letzten Wahl im Kaiserreich noch nicht erreicht werden. Immerhin stieg der Anteil der Reichstagswahlkreise mit Einzelkandidaten ständig von 59,2% (1898: 234) auf 86,1% (1912: 342) an. Regionen, die nur noch Wahlkreise mit Einzelkandidaten aufwiesen, waren u.a. Sachsen, Thüringen³⁵ und die Prov. Schleswig-Holstein (seit 1898), Baden, Beide Mecklenburg und Prov. Pommern (seit 1903), die Prov. Brandenburg und Elsaß-Lothringen (seit 1907).

Trotz der hohen Zahl von Wahlkreisen mit Mehrfachkandidaten blieb die Zahl der Mehrfachkandidaten relativ gering:

1898 für 161 Wahlkreise 47 Kandidaten,
1903 für 110 Wahlkreise 36 Kandidaten,
1907 für 89 Wahlkreise 28 Kandidaten und
1912 für 54 Wahlkreise 23 Kandidaten.

Unter den Mehrfachkandidaten gab es nicht nur „Doppelkandidaten“ im wörtlichen Sinne, sondern auch eine Reihe von Mehrfachkandidaten mit in der Regel 3 bis

³⁴ Vgl. u. a. *Schröder*, BLOKAND-Handbuch, 21–23.

³⁵ Die insgesamt 8 thüringischen Kleinstaaten wurden aus statistischen Gründen in einer Kategorie „Thüringen“ zusammengefaßt; ähnlich verfahren auch *Ritter, Niebuss*, Arbeitsbuch, 64.

7 Kandidaturen. Hinzu kam August Bebel als offizieller Zählkandidat der Partei für alle nicht besetzbaren Reichstagskandidaturen; Bebel kandidierte allein bei den vier Wahlen insgesamt in 52 Wahlkreisen (1898: 23, 1903: 13; 1907: 12; 1912: 4). Aber nicht nur Bebel kandidierte so zahlreich; Franz Storch z.B. kandidierte 1898 in allen (13) Wahlkreisen der Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder.

Regionen, die nur Wahlkreise mit Mehrfachkandidaten aufwiesen, waren die Provinzen Ostpreußen (1903, 1907) und Westpreußen (1898); hohe Anteile von Wahlkreisen mit Mehrfachkandidaten hatten z.B. 1898 noch die Provinzen Rheinland (83%), Ostpreußen (77%), Schlesien (71%) und Pommern (64%).

13. Wurden die Reichstagskandidaten zum ersten oder zum wiederholten Male in ihren Wahlkreisen nominiert?

Bei allen vier erfaßten Reichstagswahlen wurde die Kandidaturenbesetzung durch eine hohe personelle Mobilität bestimmt: 1898 wurde nur noch in 39,5% (156) aller Wahlkreise der alte Kandidat erneut nominiert, 1903 noch in 51,1% (202), 1907 immerhin noch in 59,9% (238) und 1912 nur noch in 49,9% (198) aller Wahlkreise. Diese hohe Mobilität wurde in unterschiedlichem Ausmaße durch drei Faktoren bestimmt: durch die Neubesetzung von ehemaligen Mehrfachkandidaturen, durch den Wechsel von Kandidaten in andere Wahlkreise und durch die Ersetzung des bisherigen Kandidaten durch neue.

Durch die Besetzung ehemaliger Mehrfachkandidaturen wurden insgesamt 1903 10,3% (41), 1907 3,8% (15) und 1912 7,6% (30) wieder disponibel. Durch den Wechsel des bisherigen Kandidaten in einen anderen Wahlkreis wurden insgesamt ebenfalls relativ wenige Neubesetzungen notwendig: 1898 in 5,5% (22), 1903 in 2,8% (11), 1907 in 21 (5,3%) und 1912 in 5,8% (23) aller Wahlkreise. Selbstredend wechselten diese Kandidaten weitestgehend (mindestens drei Viertel) in aussichtsreichere Wahlkreise mit höheren SPD-Stimmenanteilen als die bisherigen Wahlkreise; Wechsler in Wahlkreise mit ähnlichem oder sogar geringerem SPD-Stimmenanteil als der bisherige Wahlkreis blieben Ausnahmen. Die „eigentliche“ Neubesetzung (d.h. der Austausch des bisherigen Kandidaten durch einen neuen) bestimmte maßgeblich die personelle Mobilität bei der Besetzung der Kandidaturen: 1898 wurden in 54,9% (217), 1903 in 46,1% (182), 1907 in 34,8% (138) und 1912 in 44,3% (176) aller Wahlkreise ein neuer Kandidat nominiert.

Regionen mit den höchsten Anteilen an „eigentlichen“ Neubesetzungen waren 1898 die Provinzen Westpreußen (100%), Ostpreußen (88%), Rheinland (78%), Westfalen (77%) und Pommern (71%) sowie Beide Mecklenburg (86%) und Baden (79%); 1903 waren es die Provinzen Westpreußen (100%), Westfalen (65%) und Pommern (64%) sowie Württemberg (65%); 1907 und 1912 waren es nur noch die Provinzen Westpreußen (92% bzw. 85%) und Posen (80% bzw. 67%).

Regionen mit den höchsten Anteilen an Wiederbesetzungen mit dem bisherigen Kandidaten: 1898 waren es Thüringen (83%) und Sachsen (78%); 1903 waren es Thüringen (91%), Sachsen (74%) und Beide Mecklenburg (71%); 1907 waren es die Pro-

vinzen Ostpreußen (100%), Schleswig-Holstein (80%) und Brandenburg (77%) sowie Beide Mecklenburg (86%), Sachsen (83%), Thüringen (83%) und die „Nordweststaaten“³⁶ (73%); 1912 waren es die Provinz Schleswig-Holstein (90%), Thüringen (75%), Sachsen dagegen nur 52%) und Beide Mecklenburg (71%).

14. Welche Wahlerfolge erzielten die Reichstagskandidaten in den Wahlkreisen?

Die Reichstagswahlergebnisse sind im Hinblick auf die sozialdemokratischen Mandatsgewinne hinreichend bekannt; hier sollen die Ergebnisse nur noch einmal wiederholt werden vor dem Indikator „persönliche Erfolgsquote“ der Gesamtgruppe, d.h. dem Anteil der Reichstagskandidaten, die entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt waren:

1898 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 22 Mandate zu gewinnen; in 98 Reichstagswahlkreisen (24,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 24 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 56 Mandaten (14,1% von 397) im Reichstag vertreten war. 1898 kandidierten 280 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 395 Wahlkreisen), davon waren demnach 42,9% (120) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt!

1903 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 56 Mandate zu gewinnen; in 118 Reichstagswahlkreisen (29,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 25 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 81 Mandaten (20,4% von 397) im Reichstag vertreten war. 1903 kandidierten 321 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 395 Wahlkreisen), davon waren demnach 54,2% (174) – eine erstaunliche und in den Folgewahlen 1907 und 1912 nie mehr wieder erreichte Erfolgsquote – entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt!

1907 gelang es der Sozialdemokratie in der Hauptwahl nur 29 Mandate zu gewinnen; in nur 90 Reichstagswahlkreisen (22,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 14 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 43 Mandaten (10,8% von 397) im Reichstag vertreten war. 1907 kandidierten 336 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 397 Wahlkreisen), davon waren demnach nur noch 35,4% (119) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt. Diese geringe Erfolgsquote führte bekanntlich zur Ablösung zahlreicher Reichstagskandidaten auch in aussichtsreicheren Wahlkreisen.

1912 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 64 Mandate zu gewinnen; in 124 Reichstagswahlkreisen (31,2% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 46 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 110 Mandaten (27,7% von 397) im Reichstag vertreten war und zur stärksten Reichstags-

³⁶ Hier wurden aus statistischen Gründen die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck mit den Ländern Anhalt, Braunschweig, Oldenburg und den beiden lippischen Fürstentümern in einer Kategorie „Nordweststaaten“ zusammengefaßt.

fraktion aufrückte. 1912 kandidierten 366 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 397 Wahlkreisen), davon waren demnach 51,4% (188) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt; d.h. die persönliche Erfolgsquote der Kandidaten nahm wohl gegenüber 1907 stark zu, blieb aber relativ noch hinter der Erfolgsquote von 1903 zurück. Bedenkt man den in früheren Wahlen festgestellten Zusammenhang zwischen dieser Erfolgsquote und der Renomierungsquote in aussichtsreicheren Wahlkreisen, dann wäre für die vorgesehene nächste Reichstagswahl im Jahre 1917 zumindest eine ähnlich hohe Renomierungsquote (d.h. weitgehende Stabilität in der Besetzung der Kandidaturen in aussichtsreicheren Wahlkreisen) wie für die Kandidaten von 1903 für die Reichstagswahl von 1907 zu erwarten gewesen. Wagt man aus heuristischen Gründen eine retrospektive Prognose im Hinblick auf die zu erwartende Struktur der 1917 zu wählenden SPD-Reichstagsfraktion, dann ließe sich auf der Basis der Daten der 1912 in aussichtsreicheren Wahlkreisen nominierten Kandidaten ein relativ präzises Bild zeichnen. Die zu erwartende hohe Renomierungsrate hätte sicherlich auch den Handlungsspielraum für die „Kompromißfähigkeit“ der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien und insbesondere für Aussichten auf Wahlabsprachen mit den anderen Parteien eng begrenzt.

Dieser „Wahlerfolg“, d.h. zumindest die Beteiligung an der Stichwahl, war zweifellos für die Reichstagskandidaten wichtig, um sich zumindest als geeignete Kandidaten hinreichend zu legitimieren und die erneute Nominierung zu sichern. Dieser „Wahlerfolg“ jedoch signalisiert mehr Dramatik der Wahlentscheidung als im Sinne möglicher sozialdemokratischer Mandatsgewinne tatsächlich vorhanden war, wenn man die von der Sozialdemokratie erzielten Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen überprüft. Die SPD war 1912 mit dem Gewinn von 46 Mandaten – dank des ersten Stichwahlabkommens – außergewöhnlich erfolgreich bei den Stichwahlen, hatte aber ihr Gewinnpotential (zunächst) weitgehend ausgeschöpft. Die meisten der 78 übrigen (erfolglosen) Stichwahlkandidaten gingen von vornherein ohne jegliche Chance in die engere Wahl, da sie nur durch einen typischen „Großparteien-Effekt“ bei einer Mehrheitswahl mit Kandidaten mehrerer Parteien in die Stichwahl gelangten. Oft reichte dem sozialdemokratischen Kandidaten schon ein Stimmenanteil von nur 20–25%, um zumindest als zweitbesten Kandidat in die Stichwahl zu gelangen. Angesichts eines solchen geringen eigenen Wähleranteils war ein Mandatsgewinn in der Stichwahl – selbst bei Unterstützung durch eine weitere bürgerliche Partei – in der Regel ausgeschlossen. Trotz der hohen „Erfolgsquote“ blieb die SPD auch 1912 noch weit von der absoluten Mandatsmehrheit im Reichstag entfernt.

15. Inwieweit übten die Reichstagskandidaten parlamentarische Mandate in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933 aus?

Schon Robert Michels weist auf den allgemein verbreiteten parlamentarischen Charakter des „politischen Führertums in der Demokratie“ und auf den besonders hohen Grad von Parlamentarismus in der deutschen Sozialdemokratie hin (z. B. die „Parla-

mentarisierung“ des Parteivorstands)³⁷. Die Bedeutung der Reichstagswahlen als wichtigster Gradmesser des erreichten politischen Erfolges ist an anderer Stelle schon beschrieben worden. Einen ähnlich hohen – wenn auch ebenfalls nicht unumstrittenen – Stellenwert besaß die Arbeit der Abgeordneten in den Parlamenten; auch hier hat Robert Michels schon eine Reihe anschaulicher Belege angeführt. Entsprechend entsandte die SPD nach Möglichkeit ihre hervorragendsten Parteipolitiker in die Parlamente, bevorzugt in den Reichstag, aber in zunehmendem Maße auch in die Landtage. Parlamentarier zu werden, wurde für die ambitionierten politischen Funktionäre zur obligatorischen Zielprojektion der angestrebten politischen Karriere. Parlamentarier zu sein, war nicht nur innerhalb der Parteibewegung mit einem oft sprunghaften Statuszuwachs verbunden, sondern bedeutete auch die Chance auf mehr Unabhängigkeit von der Parteibasis und den Parteigremien. Das parlamentarische Mandat dauerte in der Regel mehrere Jahre und konnte formell zumindest von der Partei nicht entzogen werden; erst nach Ablauf des Mandats und bei der Notwendigkeit, erneut als aussichtsreicher Kandidat nominiert zu werden, wäre erst ein direktes Eingreifen der Partei wieder möglich. Als besonders wichtiges Argument für ein bestimmtes Maß an Unabhängigkeit von der Partei konnte zudem in die Debatte eingebracht werden, daß der Abgeordnete primär seinen (parteipolitisch oft nicht organisierten) Wählern gegenüber verpflichtet war und erst sekundär seiner Partei gegenüber, die ihn nominiert hatte. Gerade die Notwendigkeit zur „Kompromißfähigkeit“ der SPD mit bürgerlichen Parteien oder zumindest mit Wählern aus dem bisherigen bürgerlichen Lager hatte nachweislich – neben anderen strukturellen Einflußfaktoren – auch zunehmend Einfluß gewonnen bei der Auswahl bzw. Nominierung der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten.

Nur knapp die Hälfte (326 = 48,4%) der Reichstagskandidaten bewarb sich erfolglos um ein Mandat und erhielt weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik ein Mandat im Reichstag oder in einem Landtag; immerhin kandidierten noch 22 (3,3%) wieder – wenn auch erneut erfolglos – nach 1918 zum Reichstag. Dagegen bewarben sich gut die Hälfte (348 = 51,6%) der Reichstagskandidaten im Kaiserreich und/oder in der Weimarer Republik erfolgreich um ein Mandat: ein Drittel (224 = 33,3%) zog als Parlamentarier in den Reichstag und ebenso ein Drittel (224 = 33,3%) in einen Landtag ein, ein gutes Siebtel (100 = 14,8%) sowohl in den Reichstag als auch in einen Landtag und ein knappes Fünftel (124 = 18,4%) nur in einen Landtag.

Ebenso beachtlich ist der Anteil derjenigen, die ihr jeweiliges Mandat sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik ausübten: ein gutes Achtel (87 = 12,9%) behauptete auch nach 1918 ein Reichstagsmandat und immerhin noch ein gutes Elftel (63 = 9,3%) ein Landtagsmandat; rechnet man diese Zahlen naheliegenderweise auf der Basis der zumindest im Jahre 1919 noch lebenden Reichstagskandidaten ($n = \max. 554$) um, dann ergäben sich entsprechend höhere Anteile für die Mandatsträger beider Phasen: 15,7% (87) und 11,4% (63). Den Zusammenhang von Mandatskontinuität über beide Phasen und dem (frühen) Zeitpunkt der Reichstags-

³⁷ Michels, Soziologie, 134–141; vgl. u. a. Schröder, BLOKAND-Handbuch, 15–21.

kandidatur belegen u. a. folgende Angaben: 1898 kandidierten schon 47 (= 16,8% von 280) Sozialdemokraten, die in beiden Phasen ein Reichstagsmandat ausübten, und immerhin 29 (= 10,4% von 280), die in beiden Phasen ein Landtagsmandat ausübten; 1912 kandidierten 85 (= 23,2% von 366) Sozialdemokraten, die in beiden Phasen ein Reichstagsmandat ausübten, und 46 (= 12,6% von 366), die in beiden Phasen ein Landtagsmandat ausübten.

Den parlamentarischen Einstieg fanden die Reichstagskandidaten mit Mandat allerdings schon weitgehend im Kaiserreich: von den insgesamt 224 Reichstagsabgeordneten beider Phasen hatten schon 177 (= 79% von 224) vor 1919 ein Reichstagsmandat inne und von den insgesamt 224 Landtagsabgeordneten immerhin schon 136 (= 61% von 224). Diese Aussage gilt um so mehr für Mandate in Kommunalparlamenten, deren Analyse in dem vorliegenden Beitrag nicht mehr mit einbezogen werden kann: von den 366 Reichstagskandidaten der Wahl von 1912 saßen z. B. mindestens 152 (= 41,5%!) zur Zeit der Wahl in einem Kommunalparlament, weitere 37 (= 10,1%) hatten früher ein kommunales Mandat inne oder wurden zwischen 1912 und 1914 noch in ein kommunales Parlament gewählt.

16. Welche Tätigkeiten übten die Reichstagskandidaten innerhalb der allgemeinen Politik/öffentlichen Verwaltung in der Weimarer Republik aus?

Im Kaiserreich blieben bekanntermaßen Sozialdemokraten vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen, eine personelle Beteiligung der SPD sogar an der Reichsregierung oder an den Bundesländerregierungen blieb zumindest bis 1917/18 undenkbar. Zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik war die SPD nicht nur an der Reichsregierung, sondern auch an zahlreichen Länderregierungen beteiligt; ebenso hatten Sozialdemokraten – wenigstens prinzipiell – Zugang zu allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Da die Reichstagskandidaten des Kaiserreichs zweifellos wesentliche Teile der disponiblen politischen Funktionselite der SPD, die für Ämter in der öffentlichen Verwaltung vorrangig in Frage gekommen wären, umfaßten, läßt sich eine sichtbare Partizipation der Reichstagskandidaten an der Vergabe öffentlicher Ämter erwarten. Die folgenden Angaben beziehen sich sinnvollerweise nur auf die zumindest 1919 noch lebenden Reichstagskandidaten ($n = \max. 554$).

Die Erfolgsbilanz der Reichstagskandidaten des Kaiserreichs im Hinblick auf die Besetzung von Ämtern in der allgemeinen Politik/öffentlichen Verwaltung in der Weimarer Republik ist beeindruckend:

Funktionsebene: Reich

12 (= 2,2% von 554) Kandidaten avancierten zu Mitgliedern der Reichsregierung (Volksbeauftragte, Reichskanzler, Reichsminister); 60 (= 10,8% von 554) Kandidaten übernahmen Funktionen in der Reichsverwaltung (Staatssekretär, Gesandter, Reichsministerialrat, Reichskommissar, ... Beamter im Reichsdienst).

Funktionsebene: Länder

56 (= 10,1%) Kandidaten wurden als Mitglieder von Länderregierungen (Volksbeauftragte, Ministerpräsident, Minister, Staatsrat im Ministerrang, Senator der Stadtstaaten ...) berufen; 89 (= 16,1%) übernahmen (hauptamtliche) Funktionen in der Landesverwaltung (Staatssekretär, Staatsrat ohne Ministerrang, Gesandter bei der Reichsregierung, Regierungsrat, Oberpräsident, ... Beamter in der Landesverwaltung).

Funktionsebene: Bezirke und Kreise

37 (= 6,7%) Kandidaten rückten in (hauptamtliche) Positionen der Bezirk- und Kreisverwaltung (Regierungspräsident, Landrat, Kreisdirektor ... Beamter der Bezirks- und Kreisverwaltung) ein.

Funktionsebene: Städte und Gemeinden

66 (= 11,9%) Kandidaten rückten in (hauptamtliche) Positionen der Kommunalverwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister, besoldeter Stadtrat, Arbeitsamtsdirektor, ... Beamter der kommunalen Verwaltung) ein.

Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß hier die Dauer der Positionen in der Politik/öffentlichen Verwaltung nicht berücksichtigt worden ist; viele der Spitzenämter, z. B. die Ministerämter auf Reichs- und Landesebene, sind selten langfristig, sondern meist nur kurzfristig von den Betroffenen ausgeübt worden. Aber insgesamt zeigt sich ein starker Wandel in der Berufsstruktur der Reichstagskandidaten des Kaiserreichs in der Zeit der Weimarer Republik. Während die Arbeiterbewegung relativ schnell ihre einseitige Rolle als nahezu exklusiver Arbeitgeber der Kandidaten verlor, rückte vor allem der öffentliche Dienst als hauptamtliches Tätigkeitsfeld in den Vordergrund; zudem wurden die Grenzen zwischen öffentlichem Dienst und Dienst in der Arbeiterbewegung durchlässig, so daß der Wechsel von dem einen in den anderen Dienst oder die Rückkehr in den vorherigen Dienst zumindest prinzipiell möglich wurden.

17. Wann und unter welchen Umständen starben die Reichstagskandidaten?

Die wohl bekannteste zeitgenössische Hypothese zur Lebenserwartung und zu den Todesursachen sozialdemokratischer „Berufsführer“ hat wieder Robert Michels formuliert: vor allem die Überhäufung der „Berufsführer“ mit den vielfältigsten Ämtern sei „in hohem Maße anstrengend“ und „gesundheitlich aufreibend“, dies bedeute „für die nervenschwächeren unter ihnen“ einen frühzeitigen, vorzeitigen Tod. Es sei darüber hinaus „auffallend, einen wie hohen Prozentsatz sozialistische Agitatoren und Organisatoren zu den Geisteskranken“ lieferten³⁸.

Die Spannweite der Lebensdauer der Reichstagskandidaten reicht von nur kurzen 32 Jahren (Otto Müller) bis hin zu langen 98 Jahren (Wilhelm Keil). Die Jahre, in de-

³⁸ Michels, Soziologie, 53 f.

nen mit Abstand die meisten starben, sind 1932 (25 Todesfälle), 1945 (21) und 1939 (19). Die höchste Verteilungsdichte liegt – wenig überraschend – zwischen den Todesjahren 1927 und 1947, in diesen 21 „Todesjahrgängen“ starben mehr als die Hälfte (50,4%) der Kandidaten. Beobachtet man die Entwicklung der durchschnittlichen Lebensdauer, dann scheint die weitüberwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten nicht zu den „Nervenschwächeren“, die von einem frühen Tod bedroht sind, zu gehören. Bei einer fast stabilen Standardabweichung (ca. 12,0) steigt die durchschnittliche Lebensdauer der Reichstagskandidaten mit jeder Wahl an: von 67,6 Jahre (Kandidaten 1898) auf 69,1 Jahre (Kandidaten 1912). Damit liegt die durchschnittliche Lebenserwartung der Reichstagskandidaten, auch wenn man deren Durchschnittsalter bei der Übernahme der Kandidatur berücksichtigt, noch höher als die der damaligen männlichen Bevölkerung im Deutschen Reich. Wenn man die relativ niedrige durchschnittliche Lebenserwartung von bestimmten Berufsangehörigen (z. B. von Maurern, Schuhmachern, Tabakarbeitern), die besonders häufig unter den Reichstagskandidaten (zumindest dem „erlernten“ Beruf nach) vertreten waren, betrachtet, dann gewinnt man eher den Eindruck, daß gerade die Aufgabe des (strapaziösen) erlernten (Arbeiter-)Berufes und der Wechsel in eine Arbeiterbeamtenposition für viele Kandidaten nicht „lebensverkürzend“, sondern deutlich „lebensverlängernd“ gewirkt hat.

Leider macht Robert Michels keine Angaben zur präzisen Bestimmung eines „frühen Todes“. Definiert man einen „frühen Tod“ operational mit einem Sterbealter unter 45 Jahren, um die Michelsche Hypothese überprüfen zu können, dann ergibt sich nur noch eine kleine Gruppe von insgesamt 27 (= 4,0% von 674) Kandidaten. Da ein „früher Tod“ ein offensichtlich stets anregendes Thema für Parteijournalisten bildete, liegen über die Todesursachen dieser Kleingruppe relativ dichte Informationen (insbesondere Nachrufe in den Parteizeitungen) vor; von 19 der 27 Kandidaten ist die Todesursache verläßlich bekannt. Tatsächlich scheint sich die Michelsche Hypothese für diese Fälle einigermaßen bestätigen zu lassen: von diesen 19 starben immerhin 7 in geistiger Umnachtung bzw. „nervenkrank“ (oft durch Selbstmord; prominente Beispiele: Georg Jaeckh, Karl Örtel, Bruno Schönlink, August Winter), dagegen allerdings fielen 3 als Soldaten im Ersten Weltkrieg, 3 wurden Opfer von Unfällen, und 6 starben – meist berufsbedingt – an der „Proletarierkrankheit“.

Nur für ein Sechstel (15,1%) aller bekannten Sterbefälle liegen hinreichend gesicherte Informationen über Todesursachen und Todesumstände vor. Der Erhebungsschwerpunkt lag quellenbedingter Weise mehr auf außergewöhnlichen Ursachen und Umständen, insbesondere auf Selbstmordfällen und/oder Todesfällen im „Wahnsinn“, auf Fällen von Weltkriegsopfern und auf Todesfällen im Gefängnis, Zuchthaus und NS-Konzentrationslagern. „Normale“ Todesursachen und Todesumstände werden in den Quellen meist nicht erwähnt; werden dennoch entsprechende Angaben gemacht, sind diese meist in medizinisch-diagnostischer Hinsicht zweifelhaft und/oder ungenau. Die Liste der Todesursachen reicht vom spektakulären Tod durch Mord/Selbstmord, über Tod durch Unfall (Berg-, Verkehrs-, Hausunfall), bis hin zu den „normalen“ Todesursachen aufgrund von Krankheiten (Schlaganfall, Herzleiden, Tuberkulose, Krebs etc.).

Tatsächlich ist der Anteil derjenigen Reichstagskandidaten, die nachweislich (und nicht nur in jungen Jahren wie oben) durch Selbstmord oder in geistiger Umnachtung aus dem Leben schieden, mit mindestens 3,0% (20) sehr hoch (prominente Beispiele: Alfred Agster, Theodor Bömelburg, Albert Schmidt, Heinrich Stolle). Diese Todesumstände sind allerdings eher typisch für die Vertreter der „älteren“ Arbeiterbewegung: während von den Reichstagskandidaten der Wahl von 1898 noch mindestens 4,6% (13) zu dieser Sondergruppe gehörten, waren es bei denen der Wahl von 1912 nur noch 1,6% (6). Ohne hier auf die näheren Gründe für diese „außergewöhnlichen“ Todesumstände eingehen zu können, läßt sich zumindest für die Vertreter der „älteren“ Arbeiterbewegung die Michelsche Hypothese eher bestätigen. Aber auch hier mahnt der Vergleich mit größeren Grundgesamtheiten zur Vorsicht bei der Bewertung; zieht man z.B. die jährlichen Mortalitätsstatistiken der freigewerkschaftlichen Einzelverbände zum Vergleich heran, dann sind „Selbstmord/Wahnsinn“ unter den Todesursachen stets in einer Höhe von 3% bis 7% (hier besonders bei den Textil- und Bauarbeitern sowie bei Berliner Metallarbeitern) vertreten. An sonstigen „außergewöhnlichen“ Todesumständen wären vor allem noch die 11 Kandidaten hervorzuheben, die während der NS-Zeit in einem Konzentrationslager oder in einem Zuchthaus verstarben bzw. ermordet wurden (prominente Beispiele: Rudolf Breitscheid, Konrad Brosswitz, Friedrich Husemann, Gustav Hoch).

Schluß: Gibt es *den* „typischen“ Lebenslauf eines sozialdemokratischen Reichstagskandidaten?

In diesem Beitrag wurde versucht, anhand von 17 ausgewählten Fragen einige Antworten zu geben auf die (querschnittlich angelegte) kollektivbiographische Struktur der Reichstagskandidatengruppe, die (längsschnittlich angelegten) individualbiographischen Zusammenhänge traten dabei notwendigerweise zurück. Faßt man unter diesen Umständen – je nach Lebenslaufvariable – die Modalwerte, die arithmetischen Mittel, die dichtesten Verteilungen etc., die sich für die Kollektivbiographie ergeben haben, zusammen und kondensiert diese zu einem quasi individualbiographischen Konstrukt „typischer Lebenslauf“, erhält man folgendes Ergebnis:

Der „typische Reichstagskandidat“ ...

- (1) ist zwischen 1858 und 1875 in einem Ort, der in einem nicht-großstädtischen Reichstagswahlkreis (in Preußen) liegt, geboren.
- (2) ist Sohn eines handwerklich gelernten Arbeiters, der zumindest vorübergehend auch gewerberechtlich als Selbständiger tätig war.
- (3) gehört zunächst der protestantischen Kirche an und tritt später aus der Kirche aus.
- (4) besucht die Volksschule und bildet sich später in der Fortbildungsschule oder in Bildungskursen weiter.
- (5) erlernt – ähnlich wie der Vater – einen Handwerksberuf bzw. einen industriellen Facharbeiterberuf und begibt sich nach Lehrabschluß auf eine mehrjährige „Wanderung“.

- (6) absolviert einen mehrjährigen Militärdienst, nimmt aber nicht mehr aktiv als Soldat am Ersten Weltkrieg teil.
- (7) heiratet nach der Absolvierung des Militärdienstes im Alter zwischen 22 und 28 Jahren.
- (8) hat frühzeitigen Kontakt zur Arbeiterbewegung und tritt im Alter zwischen 19 und 25 Jahren der Partei bzw. der Gewerkschaft bei.
- (9) übt längere Zeit – teils als Selbständiger – seinen erlernten Beruf aus und übernimmt im Alter zwischen 27 und 34 Jahren eine besoldete Arbeiterbeamten-Position, dabei wechselt er bis 1914 nur selten die Funktion bzw. die Funktionsebene und den Arbeitsort.
- (10) kandidiert nach einer langjährigen „Bewährungszeit“ in der Arbeiterbewegung im Alter zwischen 40 und 45 Jahren als Einzelkandidat in einem Wahlkreis seiner „Geburtsheimat“ erfolglos zum Reichstag (bis 1914).
- (11) bewirbt sich dagegen insgesamt erfolgreich im Kaiserreich bzw. in der Weimarer Republik um ein Reichstags- oder Landtagsmandat und um ein Mandat in den Kommunalparlamenten.
- (12) stirbt nach dem 65. Lebensjahr unter „normalen“ Umständen.

Aus diesem Konstrukt „typischer Reichstagskandidat“ überrascht die zunächst aufgrund der kollektivbiographischen Betrachtungsweise nicht erwartete individualbiographische „Realitätsnähe“: *cum grano salis* bildet dieser Typus in den Grundzügen die Lebensläufe zahlreicher Reichstagskandidaten auch tatsächlich ab. Dieses Ergebnis wird auch durch weitergehende Analyseverfahren (wie Kontrastgruppenanalyse oder Clusteranalyse), die hier nicht vorgestellt werden konnten, bestätigt, d.h. im Rahmen dieses Beitrages konnte u.a. auch ein individueller „Haupttypus“ unter den Lebensläufen der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten herausgearbeitet werden. Allerdings zeigen diese weitergehenden Verfahren auch, daß es *den* typischen Lebenslauf sicherlich nicht gibt, sondern daß sich – je nach vorgegebenem Klassifikationszusammenhang – eine Reihe von unterschiedlichen Typen erkennen lassen.